GESCHÄFTSBERICHT 2010



Unternehmenskennzahlen

Technik		2010	2009
Transportmenge	GWh	40.710*	35.175*
Rohrnetzlänge	km	12.119,6*	12.102,5*
Hochdruck	km	2.185*	2.184*
Versorgungsnetz	km	9.934,8*	9.918,5*
Hausanschlüsse	Stück	288.434*	286.167*
Installierte Gaszähler inkl. ZMU/TMU	Stück	789.735 *	794.576*
Personal		2010	2009
Mitarbeiter	Anzahl	380*	335 *
Jahresabschluss		2010	2009
Bilanzsumme	Mio. Euro	162,5*	117,6*
Kapitalanteile der Kommanditisten	Mio. Euro	1,0*	1,0 *
Umsatz	Mio. Euro	335,7	309,5
EBIT	Mio. Euro	25,0	23,7
Jahresüberschuss	Mio. Euro	14,1	19,9
Operativer Cashflow	Mio. Euro	15,0	20,6
* per 31.12. des Geschäftsjahres			

NBB GESCHÄFTSBERICHT 2010

Damit eine Infrastruktur stets reibungslos funktioniert, benötigt sie eine gute Organisation. Und starke Partner.

Partnerschaften verstärken nicht nur die Position des Einzelnen, sie lassen neue Ideen wahr werden. Eine starke Leistung.

Neue Formen der Zusammenarbeit bieten doppelten Nutzen: für Netzbetreiber und für Energiekunden. Ein starkes Netz.

Inhalt

1	Unternehmenskennzahlen
4	Vorwort
6	Starke Partner. Starke Leistung. Starkes Netz.
20	Lagebericht 2010
40	Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010

Impressum

Vorwort der Geschäftsführung

Sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,

als wir am 1. Januar 2006 die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG gründeten, war uns bewusst, welch großes Vertrauen in uns gesetzt wurde. Schließlich übernahmen wir die Verantwortung, bereits professionell organisierte Netze noch besser, wirtschaftlicher und sicherer zu betreiben. Mittlerweile haben wir bewiesen, dass wir diese Aufgabe beherrschen: In nur fünf Jahren haben wir uns als qualifizierte Partnerin etabliert, Leistung gezeigt und können ein gut organisiertes und funktionierendes Netz vorweisen.

Dabei ist die Wirtschaftlichkeit ebenfalls gegeben. Auch im Jahr 2010, dem "Fotojahr Gas", haben wir die Netze kostengünstig betrieben und ein positives Ergebnis erzielt. Angesichts der gerade überstandenen Wirtschaftskrise ist das besonders erfreulich, da der Wettbewerb im Bereich des Gashandels als wesentlicher Einflussfaktor unserer Entwicklung weiter an Intensität zugenommen hat. Vor diesem Hintergrund dürfen wir mit dem Erreichten mehr als zufrieden sein und blicken zuversichtlich in die Zukunft.

Wir möchten den Aufschwung nutzen, um mit neuen Ideen und neuen Formen der Zusammenarbeit etwas zu bewegen. Dazu bietet uns das Netz viele Möglichkeiten, die weit über die originären Aufgaben hinausgehen. Es vernetzt Akteure.

Das Motto dieses Geschäftsberichts ist Ausdruck dieser Vernetzungen: Starke Partner. Starke Leistung. Starkes Netz.

Drei Projekte, die wir im Verbund mit unseren Partnern weiterentwickeln, haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr bereits ins Leben gerufen: die Informations- und Beratungsplattform "NETZWERK ERDGAS", das "Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen" und das Projekt "infrest" zur webbasierten Koordination von Bauvorhaben. Die neuen Projekte schaffen vielerlei Nutzen: Sie stärken unseren Netzbetrieb, weil wir noch flexibler, kostengünstiger und sicherer agieren können. Und sie bieten außerdem wirtschaftliche Vorteile, weil die Effizienz und Versorgungssicherheit in Alltags- und Krisensituationen steigt.

Wir laden Sie ein, auf den folgenden Seiten mehr über diese Aktivitäten zu erfahren.

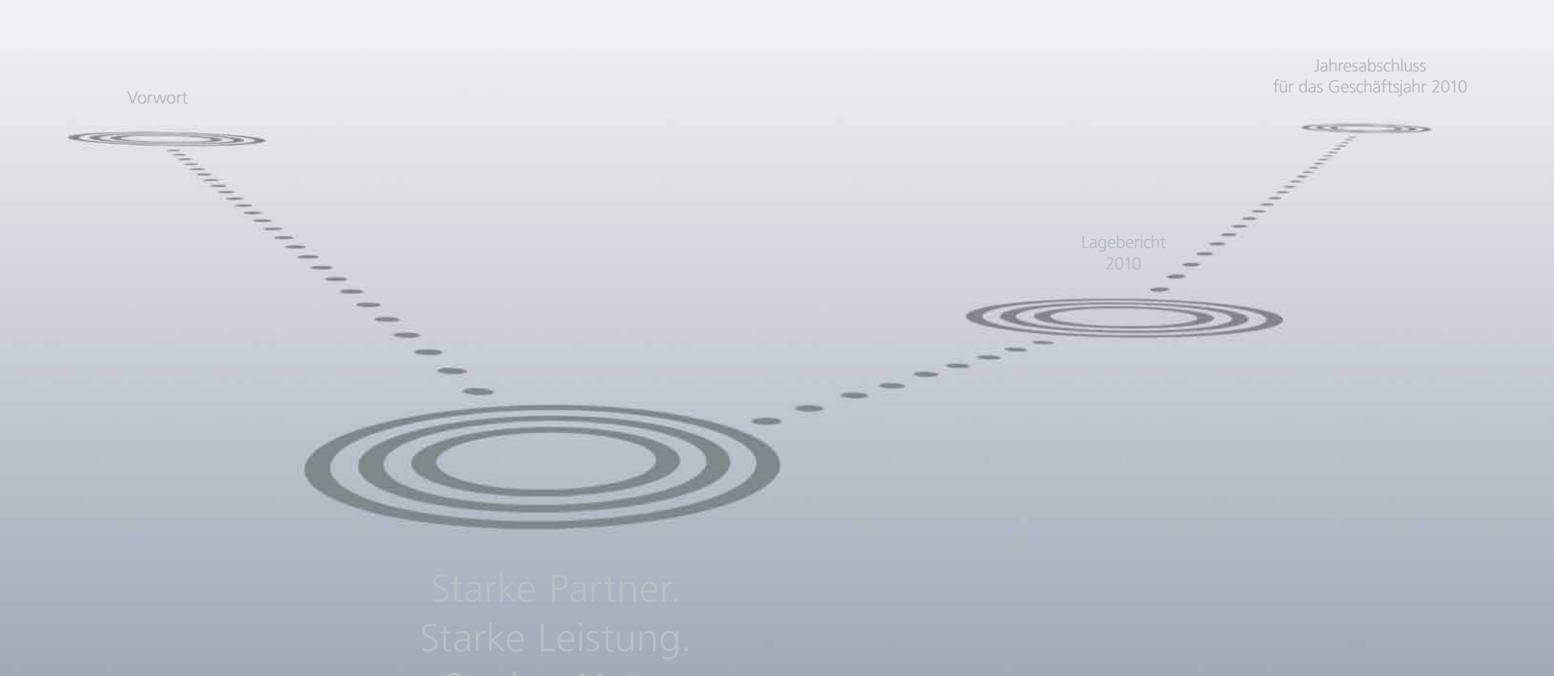
Ulf Altmann

Technischer Geschäftsführer

Frank Behrend

Kaufmännischer Geschäftsführer







NETZWERK ERDGAS BERLIN-BRANDENBURG

Eine Energie, ein Netzwerk.

Das NETZWERK ERDGAS Berlin-Brandenburg bringt Energieexperten, Anbieter und Kunden auf einer neutralen Internetplattform zusammen. Das Ziel: erstklassig aus erster Hand über Erdgas informieren.

Erdgas hat sich in den letzten 50 Jahren zu der Heizenergie schlechthin entwickelt. Doch seit einigen Jahren ist es bei Wohnungsverwaltern, Immobilienanlegern und Eigenheimbesitzern weniger präsent, denn jüngere Technologien wie Solarkollektor und Wärmepumpe ziehen die Aufmerksamkeit auf sich. Dabei ist Erdgas ein sauberer fossiler Energieträger, erreicht mit moderner Brennwerttechnik einen extrem hohen Wirkungsgrad und lässt sich mit diversen Techniken umwelt- und klimaschonend kombinieren.

Um die Akzeptanz von Erdgas zu steigern und ihm so zu dem verdienten Stellenwert im Gebäudebestand und Neubau zu verhelfen, hat die NBB die Internet-Informationsplattform **NETZWERK ERDGAS** ins Leben gerufen (www.netzwerk-erdgas.de). Hier können sich Inhaber oder Betreiber von Wohn- und Gewerbeimmobilien über das Potenzial des Energieträgers informieren. Die Betonung liegt auf Information – **NETZWERK ERDGAS** ist kein "Werbeträger", sondern soll helfen, die Verbreitung des Energieträgers Erdgas in Berlin und Brandenburg mit nachprüfbaren, sachlichen Argumenten zu unterstützen. Bei der Konzeption der Plattform waren daher maximale Transparenz und hochwertige Information oberstes Gebot.

Transparent und kompetent informieren.

Zugunsten von Transparenz und Kompetenz führt das **NETZWERK ERDGAS** Anbieter, Verbände, Organisationen und Kunden in einer Interessengemeinschaft zusammen und klärt über Hintergründe, Technik sowie den rechtlichen Rahmen auf. Mit diesem Ansatz konnten wir auf Anhieb etliche Partner für unser Netzwerk gewinnen und die gewünschte Neutralität sicherstellen. Seit dem Start des Internetauftritts im September 2010 haben sich bereits 104 Firmen im Marktplatz Erdgas registriert und bieten ihre Leistungen und Produkte an. Architekten, Planer, Gerätehersteller und Installateure, Händler und Verbände sowie Mitglieder der Wohnungswirtschaft bieten ein repräsentatives Bild des Marktes. Das schafft Durchblick, fördert den Wettbewerb und spricht für unser Konzept sowie den Energieträger Erdgas zum Heizen, Kochen und Strom erzeugen.

Neue Argumente für Erdgas als Heizenergie.

Der Zuspruch der Partner ist nicht ohne Grund. Nach wie vor gelten die traditionellen Vorteile von Erdgas: Es wird kein (Öl-)Tank benötigt, das Gas ist jederzeit verfügbar, verbrennt schadstoffarm und zeichnet sich durch sein faires Preis-Leistungsverhältnis aus. Zudem sprechen neue Argumente für gasbetriebene Heizungen: Sie können fantastisch mit Solarkollektoren kombiniert werden und dank der Beimischung von Bio-Erdgas lässt sich der ohnehin vergleichsweise niedrige CO₂-Ausstoß noch weiter verringern. Auch die klimafreundliche, gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme in Blockheizkraftwerken ist mit Erdgas möglich – im Gegensatz zu Fernwärme sogar vor Ort und ohne langfristige Bindung an einen Energielieferanten. Über solche und weitere innovative Anwendungsmöglichkeiten des Energieträgers Erdgas informiert neben der festen Rubrik "Energieeffizienz: Energieträger & Technik" zum Beispiel auch das "Projekt des Monats".

Beratungsoffensive mit Fachkompetenz.

NETZWERK ERDGAS findet nicht nur im virtuellen Raum des Internets statt. Im Rahmen einer kostenfreien "Beratungsoffensive" können Netzwerkmitglieder der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sich von einem unabhängigen Experten-Team beraten lassen. Dieses erkundet vor Ort, in welchem Zustand das Objekt ist, berechnet softwaregestützt, welche Maßnahmen sich zur energetischen Sanierung an der Gebäudehülle anbieten, und berät, wie eine effiziente, wirtschaftliche und ökologische Energieversorgung für die Mieter oder Eigentümer geschaffen werden kann. Das **NETZWERK ERDGAS** ist somit mehr als eine Website. Es ist eine in Gemeinschaft gepflegte Drehscheibe für Informationen und eine Plattform für den Dialog rund um das stets aktuelle Thema Erdgas.





KKI KOMPETENZZENTRUM KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Kompetenznetz kontra Krisen.

Das Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen – kurz KKI – fördert den Dialog zwischen Infrastrukturbetreibern, Politik und Wissenschaft, um die Versorgungssicherheit weiter zu steigern und Krisen vorzubeugen.

Infrastrukturen bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft. Das bedeutet aber zugleich, dass die Verfügbarkeit von Strom, Gas, Fernwärme, Trinkwasser, Abwasser, Verkehrssystemen und öffentlicher Beleuchtung essenziell für unser Leben und unsere Wirtschaft ist. Ausfälle können nicht nur materielle Schäden nach sich ziehen, sondern auch die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen – egal ob sie durch technische Probleme, Naturkatastrophen, Sabotage, Streiks oder Sonstiges hervorgerufen werden. Krisen verlangen daher ein ganzheitliches, kompetentes Management.



Almuth Hartwig-Tiedt | Staatssekretärin Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Land Berlin Stephan Boy | Geschäftsführer KKI GmbH



Vernetzt denken, gemeinsam handeln.

Oft sind Ausfälle nur auf eine Infrastruktur beschränkt und lassen sich durch den jeweiligen Betreiber beheben. Aber es besteht immer das Risiko eines Dominooder Kaskadeneffekts, bei dem sich Krisen auf andere Bereiche ausweiten. Weil bisherige Gesetze oder Regeln meist nur für einzelne Netze gelten, bleibt die gegenseitige Abhängigkeit unberücksichtigt. Daher haben Experten für den Netz- und Infrastrukturbetrieb aus der Region Berlin-Brandenburg im Jahr 2010 den Verein KKI Kompetenzzentrum Kritische Infra**strukturen e. V.** gegründet (www.kki-verein.de). Sein Ziel ist, ein infrastrukturübergreifendes Verständnis zu fördern und eine geregelte Kommunikation zu schaffen. Außerdem sollen aus dem **KKI** heraus Standards entwickelt werden, damit sich Krisen vermeiden bzw. optimal managen lassen und Netzbetreiber bzw. Politik die Versorgungsaufgabe gegenüber der Bevölkerung bestmöglich erfüllen können. Der Verein bietet eine Plattform für den Austausch zwischen Netzbetreibern, Verwaltungen sowie Behörden bezüglich Maßnahmen, die für die Sicherheit von Versorgung und Verkehr erforderlich sind. Diese profitieren hierbei von den Erfahrungen der NBB im Krisenmanagement und in der Krisenkommunikation.

Verantwortung gegenüber Bevölkerung und Wirtschaft.

Der KKI e.V. fühlt sich der Allgemeinheit verpflichtet, was durch die Zusammensetzung des unabhängigen Beirats unterstrichen wird: Ulrich Freise, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin, sitzt dem Beirat vor. Weitere Beiratsmitglieder sind unter anderem Almuth Hartwig-Tiedt, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin, sowie Rudolf Zeeb, Staatssekretär im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg.

Netzwerk mit Ausbaupotenzial.

Künftig sollen die Aktivitäten des KKI von der Landesauf die Bundesebene ausgeweitet werden. Der KKI befürwortet außerdem die Einführung von Zertifikaten, damit Unternehmen anhand von Auditierungskriterien ihre Kompetenz bezüglich des Krisenmanagements einschätzen sowie bei erfolgreicher Auditierung belegen können. Die Aktivitäten des KKI könnten zudem durch kommerzielle Dienstleistungen zugunsten eines besseren vernetzten Krisenmanagements – etwa Analysen oder Prozessoptimierung – eine Ergänzung erfahren.



Am 17.12.2010 wurde der Beirat des KKI e. V. ernannt. Von links nach rechts: Dr. Dietmar Gollnick, Stephan Boy, Ulf Altmann, Albrecht Broemme, Almuth Hartwig-Tiedt, Rudolf Zeeb, Dr. Hans-Liudger Dienel, Wilfried Gräfling, Christoph Stroschein, Frank Behrend



INFREST - INFRASTRUKTUR eSTRASSE

Der schnellste Weg zur Leitungsauskunft.

Das Online-Portal infrest – Infrastruktur eStrasse macht es einfacher, vor Baumaßnahmen Leitungsauskünfte einzuholen: Es bündelt die Anfragen und unterstützt in einer zentralen IT die Prozesse Leitungsauskunft, Planungskarte sowie Aufgrabemeldung. Das spart Zeit. Und Geld.

Versorgungsunternehmen, Straßenbaubehörden oder auch Anlieger müssen sich vor Baumaßnahmen im Straßenbereich über die Lage von Leitungen informieren. Dazu musste früher jeder Netzbetreiber einzeln angefragt werden. Doch seit 2010 stellt das Projekt **infrest** für Berlin betreffende Anfragen und Auskünfte unter www.infrest.de ein Leitungsauskunftsportal bereit. Der Name der Website ist zugleich Kürzel für den Serviceanbieter **infrest** – **Infrastruktur eStrasse GmbH**, eine Tochter der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG.



Viele Netze, eine Auskunftslösung.

Über www.infrest.de erhalten registrierte Nutzer gegen geringes Entgelt zentral Auskunft zu ihren Leitungsanfragen. Die hierzu von **infrest** geschaffene, webbasierte Client-Server-Umgebung bietet die Möglichkeit, Auskünfte zu Leitungsnetzen der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (Gas) und der teilnehmenden Betreiber – mit Vattenfall Wärme AG (Fernwärme), Vattenfall Europe Netzservice GmbH (Strom) und den Berliner Wasserbetrieben laufen derzeit Teilnahmegespräche – zentral zu beantragen und bearbeiten zu lassen.

Aufwand von Anfang an minimiert.

Anhand der mit einer Anfrage übermittelten Ortsangabe lässt sich prüfen, welche Leitungsbetreiber oder Behörden für das geplante Baugebiet einzubeziehen sind. Die Anfragen werden via Webservices an die Zuständigen verteilt. Bereits dies verringert den Aufwand, denn nur die Leitungsbetreiber, deren Netz durch das Baugebiet führt, werden angefragt.

Übersichtliche Abwicklung per Internet.

Die Leitungsauskünfte sowie andere Dokumente gelangen medienbruchfrei und nachvollziehbar von den jeweiligen Auskunftsstellen in das Leitungsauskunftsportal. Die infrest-Nutzer erkennen anhand einer Ampeldarstellung, ob die laufenden Anfragen in Bearbeitung oder abgeschlossen sind. Zum Schluss stehen alle Auskünfte und relevanten Dokumente im Leitungsauskunftsportal zur Verfügung und werden dort für die Dauer von sechs Jahren gespeichert.

Prozesse um ein Drittel schneller.

Schätzungsweise 30.000 Anfragen könnten jährlich über das neue Portal laufen und sowohl die Anfragenden als auch die Auskunftsstellen entlasten. Im Vergleich zur konventionellen Methode lassen sich Auskünfte schneller, effektiver und kostengünstiger leisten. Allein auf Seiten der Behörden wird die Kostenreduktion aufgrund der vereinfachten und beschleunigten Abläufe auf bis zu 30 % geschätzt.

Weniger Baustellen, mehr Sparpotenzial.

Sparpotenzial steckt aber nicht nur in der optimierten Beauskunftung: Die zentrale Plattform macht Bauanfragen für die Netzbetreiber transparent, so dass die Möglichkeit besteht, unabhängig voneinander geplante Projekte zu synchronisieren. Beispielsweise ließe sich ein anstehender Breitbandausbau (Internet/TV/Telekommunikation) mit geplanten Arbeiten am Stromnetz verbinden. Das bedeutet weniger Aufgrabungen, weniger Verkehrsbehinderungen, weniger Kosten.

infrest ist Teil der "ServiceStadt Berlin".

Aufgrund des enormen Sparpotenzials, der Stärkung des Dienstleistungscharakters der öffentlichen Verwaltung und des Komforts für die Anfragenden hat das Land Berlin das Projekt infrest in das Senatsprogramm "ServiceStadt Berlin" aufgenommen.

Weiterer Systemausbau geplant.

Das Projekt **infrest** soll Schritt für Schritt wachsen. Zum einen, indem weitere Infrastrukturbetreiber in das Portal integriert werden, zum anderen durch die Umsetzung eines konsequent elektronischen Informationsaustauschs. Dokumente sollen nach Möglichkeit nur noch als PDF-Dateien übermittelt werden und sich qualifiziert signieren lassen. Angedacht sind außerdem das Verschlüsseln der Dokumente sowie eine zentrale Archivierung, die den geltenden Regelungen genügt. Somit ließen sich von der Anfrage über die Planauskunft bis zur Baugenehmigung alle Prozesse sicher, automatisiert und elektronisch abwickeln. Ein Berliner Projekt, das deutschlandweit Schule machen könnte, denn das Konzept ist auf andere Städte und Gemeinden anwendbar.

9 9	
Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingung	gen 22
Energiepolitische, rechtliche und wirtschaftlich	che
Rahmenbedingung	gen 23
Organisatorische Rahmenbedingung	gen 26
Geschäftsentwicklu	ung 27

Geschäft und Rahmenbedingungen 22

Unternehmenssituation

Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Nachtragsbericht 36

Prognosebericht 39

Risikobericht 37

31

31

33

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach dem Konjunkturbericht des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. vom Oktober 2010 hat die deutsche Wirtschaft in den letzten Quartalen eine überraschend positive Entwicklung genommen. Mit Einsetzen der konjunkturellen Erholung im letzten Geschäftsjahr konnten bis zum Oktober 2010 fast zwei Drittel des vorangegangenen Einbruchs kompensiert werden. Im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute wird für das Jahr 2010 ein Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 3,5 % vorausgesagt.

Dennoch sind die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise nicht überstanden. Trotz steigender Exporte bestehen weiterhin unausgelastete Produktionskapazitäten.

Eine günstige Beschäftigungsentwicklung sowie erhebliche witterungsbedingte Nachholeffekte ermöglichten ein kräftiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal von preis-, kalender- und saisonbereinigten 2,2 %. Dazu haben die Belebung der Investitionen in Ausrüstung und Bauten wie auch die steigenden privaten Konsumausgaben beigetragen. Unterstützt wurde dieser Trend durch die Sofortprogramme der Bundesregierung in Höhe von 24 Mrd. Euro, welche für Steuerentlastungen bei Bürgern und Unternehmen

Zu Beginn des Jahres 2010 ergab sich ein signifikantes Auftragsplus im Bauhauptgewerbe, jedoch sind die aktuellen Entwicklungen gegenläufig. Die öffentliche Nachfrage im Bauhauptgewerbe lag im Juli um 12,2% unter dem Niveau der Vorjahresperiode. Die Umsätze gehen ebenfalls zurück. Die Hauptursache dieser negativen Entwicklung liegt in der angespann-

ten Haushaltssituation der Kommunen. Entgegen diesem Negativtrend zeichnet sich der Wirtschaftsbau weiterhin durch ein Plus in den Ordereingängen aus. Im Juli nahmen die Aufträge um 7,3 % (Januar bis Juli: +8,7%) zu. Jedoch wird auch hier eine Verlangsamung des Wachstumstempos erwartet. Die Nachfrage im Wohnungsbau entwickelte sich in den letzten Quartalen hingegen positiv, bedingt u. a. durch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Im Juli wurde ein Auftragsplus von nominal 4,4 % (Januar bis Juli: +8,2%) verzeichnet. Die Umsatzerlöse stiegen im selben Zeitraum um 1,5 % (Januar bis Juli: -1,1 %).

Die regionale Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg lag im ersten Halbjahr 2010 mit einem Umsatz von rund 2,1 Mrd. Euro ca. 6,4 % hinter den Ergebnissen des Vorjahres. Dabei war in Berlin ein Umsatzplus zu verzeichnen, in Brandenburg ging der Umsatz im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um 11,0 % zurück. Besonders vom Rückgang betroffen waren der Wirtschafts-, der Wohnungs- und der sonstige öffentliche Tiefbau. Hintergrund waren der harte Winter und die nur schwachen Auswirkungen der Konjunkturpakete der Bundesregierung. Die aktuelle Auftragslage erweist sich hingegen als stark. Dementsprechend wird erwartet, das Jahr 2010 mit vergleichbaren Resultaten wie im Vorjahr abschließen zu können.

Die konjunkturelle Erholung in Deutschland übertrug sich auch auf die Energiebranche. Der Gas- und Stromverbrauch und somit auch der Anteil der durchgeleiteten Mengen ist gemäß Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mehr als 8% gestiegen. Dabei lieferte die Energiewirtschaft Strom im Umfang von 274 Mrd. kWh. Dies entspricht einer Steigerung um 4,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum (2009: 262 Mrd. kWh). Der Verbrauch hat jedoch noch nicht das Niveau wie vor der Wirtschaftskrise erreicht.

Im Erdgasmarkt ist eine noch stärkere Verbrauchssteigerung zu verzeichnen. In der ersten Hälfte des Jahres 2010 lag der Erdgasverbrauch mit 532 Mrd. kWh um 14,2 % über dem Wert des Vorjahreszeitraumes (2009: 466 Mrd. kWh). Ausschlaggebend für diese signifikante Steigerung ist die positive Entwicklung der Industrieproduktion, da bei Strom und Gas der Anteil der Industrie am Gesamtverbrauch zwischen 40 % und 45 % liegt. Ein weiterer Faktor für den angestiegenen Gasverbrauch war der sehr kalte Winter 2009/2010. Durch die kalten Temperaturen im 4. Ouartal des Geschäftsjahres 2010 wurde die positive Entwicklung des Gesamtverbrauchs in 2010 verstärkt.

Energiepolitische, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Mit dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), das am 13. Juli 2005 in Kraft getreten ist und durch welches eine sichere, preisgünstige, umweltverträgliche, verbraucherfreundliche und effiziente Versorgung mit Elektrizität und Gas im Interesse der Allgemeinheit gewährleistet werden soll, erfolgte die Einführung des regulierten Netzzugangs. Die Zuständigkeit der Regulierung auf Bundesebene obliegt der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA).

Die Entscheidungen der BNetzA haben maßgeblichen Einfluss auf die Branche, die weiterhin durch einen wachsenden Wettbewerbs- und Kostendruck geprägt ist. Da Transportentgelte die wesentliche Umsatzerlösquelle der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (NBB) darstellen, wirken sich dahingehende Entscheidungen der BNetzA unmittelbar auf die wirtschaftliche Situation der NBB aus.

Im Vorjahr ist die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Kraft getreten, die das System der Kostenregulierung ablöste. Kernelement der Anreizregulierung ist die Festlegung von Erlösobergrenzen für die Netzbetreiber für jedes Jahr einer Regulierungsperiode. Auf dieser Basis haben die Netzbetreiber ihre Netzentgelte zu ermitteln. Die positive Differenz zwischen den Kosten des Netzbetriebes und den genehmigten Erlösen verbleibt bei den Netzbetreibern, so dass diese einen Anreiz haben, ihre Kosten zu senken.

Die Kosten sind wiederum die Basis für die Berechnung der Erlösobergrenzen für folgende Regulierungsperioden. Die erste Regulierungsperiode startete am 1. Januar 2009 und läuft bis zum 31. Dezember 2012. Die sich anschließende zweite Regulierungsperiode hat eine Laufzeit von 5 Jahren und endet am 31. Dezember 2017. Die dargestellte Systematik der Anreizregulierung soll ein weiteres Absinken der Netzentgelte sicherstellen.

Um die Investitionstätigkeit der Netzbetreiber durch die Systematik der Anreizregulierung nicht zu hemmen, sieht § 25 ARegV auf Antrag des Netzbetreibers die Gewährung eines pauschalierten Investitionszuschlages (PIZ) vor, der jährlich 1 % der kalkulatorischen Kapitalkosten betragen kann und in die Erlösobergrenzen einbezogen wird. Die NBB hat für die von ihr betriebenen Netze den PIZ ermittelt und bei der BNetzA beantragt. Der durch die BNetzA genehmigte PIZ wird in jedem Geschäftsjahr der ersten Regulierungsperiode erlösobergrenzenerhöhend berücksichtigt.

Ein sich gegebenenfalls während der Regulierungsperiode ergebender Änderungsbedarf in Bezug auf die Versorgungsaufgabe des Netzbetreibers wird in § 10 ARegV berücksichtigt. Danach kann der Netzbetreiber, soweit sich a) die Fläche des versorgten Gebiets, b) die Anzahl der Ausspeisepunkte, c) die Jahreshöchstlast oder d) sonstige durch die Regulierungsbehörde nach § 32 Abs. 1 Nr. 3 ARegV festgelegte Parameter dauerhaft und in erheblichem Umfang ändern, einen Erweiterungsfaktor beantragen. Die NBB hat für die von ihr betriebenen Netze von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Der durch die BNetzA in der von der NBB beantragten Höhe beschiedene Erweiterungsfaktor erhöht die Erlösobergrenze des Jahres 2010.

Auch in diesem Jahr stellte die NBB zum 30. Juni 2010 einen Antrag auf Anpassung der Erlösobergrenze unter Berücksichtigung eines Erweiterungsfaktors bei der BNetzA. Die komplette Berücksichtigung des Erweiterungsfaktors gemäß Antragstellung würde zu einer Erhöhung der Erlösobergrenze 2011 für das Gesamt-

Die durch den BGH im Jahr 2008 bestätigte Rechtsauffassung der BNetzA zur rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung hat im Jahr 2009 in Vorbereitung einer Verfahrensfestlegung zu einer Datenabfrage der BNetzA geführt. Eine Mitteilung der BNetzA zur konkreten Ermittlungsmethode der Mehrerlöse und zu dem Verfahren der Rückführung in den Markt wurde der NBB zum Ende des Monats November 2009 zugestellt. Mit Schreiben vom 8. Dezember 2009 hat die NBB die Teilnahme an einem vereinfachten Mehrerlösabschöpfungsverfahren bei gleichzeitigem Rechtsmittelverzicht und einer annuitätischen Verteilung der Mehrerlöse über drei Jahre gegenüber der BNetzA erklärt. Der mit der Übersendung der Entscheidung der BNetzA bestätigte jährliche Mehrerlösabschöpfungsbetrag beläuft sich auf 11.526 Tausend Euro. Die Erlösobergrenzen der NBB für die Jahre 2010, 2011 und 2012 werden jeweils um diesen Betrag reduziert.

Neben der Mehrerlösabschöpfung gibt es weiterhin nach § 10 Satz 1 GasNEV die Verpflichtung für Betreiber von Gasversorgungsnetzen, nach dem Abschluss einer Kalkulationsperiode die Differenz zwischen den ermittelten Erlösen der Kalkulationsperiode und den für diese Periode zu Grunde gelegten Netzkosten zu ermitteln. Die Kostenüber- und -unterdeckungen entstehen durch Abweichungen der tatsächlichen Transportmengen von den Mengenprognosen. Die periodenübergreifende Saldierung erfolgt pro Regulierungsperiode. Der saldierte Differenzbetrag 2008 wirkt in den Jahren 2010 bis 2012 netzentgelterhöhend. Die periodenübergreifende Saldierung fand für das Jahr 2008 letztmalig ihre Anwendung und wird ab 2009 durch das Regulierungskonto ersetzt.

Die Festsetzung der Erlösobergrenzen für die Jahre 2010 bis 2012 hatte teilweise vorläufigen Charakter. So waren die Inflationsrate und die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile in der Erlösobergrenze 2010 durch die Werte des Jahres 2008 zu ersetzen. Die aus der periodenübergreifenden Saldierung 2008 und aus der Anerkennung des Erweiterungsfaktors resultieren-

den Beträge wirkten netzentgelterhöhend, während die Berücksichtigung der Mehrerlösabschöpfungsbeträge zu einer Reduzierung der Erlösobergrenze führte. Diese drei Faktoren wurden bei der Anpassung der Erlösobergrenze zum 1. Januar 2010 ebenfalls beachtet.

Seit dem Geschäftsjahr 2009 wird die Differenz zwischen der Erlösobergrenze und den vom Netzbetreiber erzielten Erlösen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 ARegV auf dem Regulierungskonto jährlich verbucht. Gleiches gilt gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 ARegV für die Differenz zwischen den im Kalenderjahr bei der Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen entstandenen Kosten und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen. Im letzten Jahr der Regulierungsperiode wird der Saldo des Regulierungskontos für die vorangegangenen fünf Kalenderjahre ermittelt und mit entsprechenden verzinsten Zu- oder Abschlägen gleichmäßig über die folgende Regulierungsperiode verteilt. Gemäß § 5 Abs. 3 ARegV müssen die Netzentgelte vor Ende der Regulierungsperiode angepasst werden, sofern die tatsächlich erzielten Erlöse die nach §4 ARegV zulässigen Erlöse des letzten abgeschlossenen Kalenderjahres um mehr als 5 % übersteigen. Unterschreitungen um vorgenannte Grenze können weitergegeben werden.

Die Regulierungsbehörde ermittelt das Ausgangsniveau für die Bestimmung der Erlösobergrenzen durch eine Kostenprüfung nach den Vorschriften des Teils 2 Abschnitt 1 der Gasnetzentgeltverordnung (GasNEV). Die Kostenprüfung erfolgt im vorletzten Kalenderjahr vor Beginn der Regulierungsperiode auf der Grundlage der Daten des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres. Das Kalenderjahr, in dem das der Kostenprüfung zugrunde liegende Geschäftsjahr endet, gilt als Basisjahr im Sinne der Verordnung. Als Basisjahr für die zweite Regulierungsperiode gilt das Geschäftsjahr 2010.

Mit der Novelle des § 21b EnWG und dem Inkrafttreten der Messzugangsverordnung (MessZV) hat der Gesetzgeber die rechtlichen Grundlagen für eine Liberalisierung des Messwesens im Energiesektor geschaffen. Am 9. September 2010 hat die BNetzA Festlegungen zur Standardisierung von Verträgen und Geschäfts-

prozessen im Bereich des Messwesens veröffentlicht. Die Bundesnetzagentur schreibt die Umsetzung der vorgegebenen Wechselprozesse im Messwesen und Datenformate zum 1. Oktober 2011 vor. Ebenfalls zu diesem Datum müssen die sich daraus ergebenden Änderungen der Geschäftsprozesse zur Kundenbelieferung mit Strom (GPKE) und der Geschäftsprozesse zum Lieferantenwechsel Gas (GeLiGas) umgesetzt werden. Die BNetzA hat zudem Standardverträge für die Geschäftsverhältnisse des Netzbetreibers zu dem Messstellenbetreiber (MSB) und dem Messdienstleister (MDL) festgelegt. Diese sind für Neuverträge verpflichtend ab dem 15. Oktober 2010 anzuwenden. Die Verträge der NBB im Bereich des Messwesens wurden auf Basis dieser verbindlichen Festlegungen angepasst und veröffentlicht.

Überdies wurde im Jahr 2010 die Novellierung der Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV) abgeschlossen. Für Anschlussnetzbetreiber ergeben sich daraus insbesondere Veränderungen in den Regelungen für Biogas. Während bislang eine hälftige Teilung der Netzanschlusskosten für Biogasanlagen vorgesehen war, sieht die GasNZV 2010 75 % der Kosten beim Netzbetreiber und lediglich 25 % beim Biogaseinspeiser. Zusätzlich gibt es eine Deckelung der Kostentragung durch den Anschlussnehmer in Höhe von 250 Tausend Euro, sofern die Länge der Anbindungsleitung 1 Kilometer nicht überschreitet. Netzanschlusskosten sowie der mit dem Netzanschluss verbundene laufende Aufwand werden dem marktgebietsaufspannenden Netzbetreiber gemeldet und dem für den Netzanschluss verantwortlichen Netzbetreiber erstattet. Der marktgebietsaufspannende Netzbetreiber sozialisiert sämtliche ihm von den nachgelagerten Netzbetreibern angezeigten Biogasmeldungen durch einen Biogaszuschlag auf seine Netzentgelte und diese sind damit Bestandteil der vorgelagerten Netzkosten des Netzbetreibers, welche im Rahmen der Erlösobergrenzenermittlung berücksichtigt werden. Der Zuschlag aus der Biogaskostenwälzung stellt somit für die NBB einen durchlaufenden Posten dar. Da die novellierte GasNZV jedoch noch Auslegungsspielräume aufweist, die zunächst durch den Gesetzgeber oder die BNetzA zu schließen sind, existiert zurzeit noch keine ausreichende Rechtssicherheit. Dies bezieht sich insbesondere auf die Anerkennung der durch den Netzbetreiber wälzbaren Kostenanteile

Die Kooperationsvereinbarung III ist im Berichtsjahr unverändert gültig. Änderungen in den Prozessen erfolgten über Anpassungen der Leitfäden, wie beispielsweise die Verabschiedung des Leitfadens für die Mehr- und Mindermengenabrechnung. Aktuell wird gemäß §8 Absatz 6 GasNZV die Kooperationsvereinbarung III bis spätestens zum 1. Juli 2011 überarbeitet. Damit im Zusammenhang steht außerdem eine Anpassung des Leitfadens zu Geschäftsprozessen zur Führung und Abwicklung von Bilanzkreisen bei Gas.



Aufgrund der gesetzlichen Anforderungen zur Entflechtung von vertikal integrierten Energieversorgern gemäß Energiewirtschaftsgesetz und der Beschlüsse der BNetzA sind Netzbetreiber zur Herstellung von Prozessidentität, Transparenz und diskriminierungsfreier Ausgestaltung des Netzbetriebes verpflichtet. Auswirkungen ergeben sich hierbei speziell für die IT-Systeme zur Abrechnung und Verwaltung von Stammdaten und Forderungen. Als Folge daraus wird das Zweivertragsmodell durch das Zweisystemmodell ersetzt. Die BNetzA hat in ihren Beschlüssen den 1. Oktober 2010 als Zieldatum für eine marktweite Prozessidentität vorgegeben.

Bedeutende Entwicklungen, besonders für den Energiesektor, ergeben sich aus dem Energiekonzept der Bundesregierung, welches "saubere, sichere und

1.3 Organisatorische Rahmenbedingungen

_

Mit Gründung der NBB im Jahr 2005 und der Aufnahme der Geschäftstätigkeit zum 1. Januar 2006 sind die Rahmenbedingungen des europäischen Energierechts und des Energiewirtschaftsgesetzes zur rechtlichen, operationellen und informatorischen Entflechtung des Netzbereichs von dem GASAG-Konzern umgesetzt worden.



Die NBB ist die größte örtliche Gasverteilnetzbetreiberin der Region Berlin-Brandenburg. Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit vermarktet die NBB Netzkapazitäten und gewährleistet den technischen Betrieb der Gasverteilung in der Region. Weitere Kernaufgaben stellen die Wartung und der Ausbau der dazu notwendigen technischen Infrastruktur, die Durchführung des technisch sicheren Betriebs sowie die Überwachung bzw. Steuerung von Dienstleistern dar. Darüber hinaus sind auch die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter (Gas, Strom, Wasser, Abwasser), die technische und kaufmännische Beratung sowie Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern und alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Erbringung sonstiger technischer Dienstleistungen Gegenstand der NBB.

Die NBB verfügt über ein Kapital von 1.000 Tausend Euro, an dem zum 31. Dezember 2010 die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft (GASAG) zu 83,5 %, die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH (EMB) zu 15 % und die Havelländische Stadtwerke GmbH (HSW) zu 1,5 % als Kommanditistinnen beteiligt sind. Komplementärin der NBB ist die NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, die für die Geschäftsführung der NBB verantwortlich zeichnet. Sie ist weder am Vermögen noch am Gewinn oder Verlust der NBB beteiligt. Durch die Gesellschafter GASAG, EMB sowie HSW wurden die Nutzungsrechte an der jeweiligen Netzinfrastruktur durch Abschluss von Pachtverträgen auf die NBB übertragen. Mit Abschluss der Pachtverträge erwarb die NBB die Netzbetreibereigenschaft im Sinne des EnWG.

Grundlage des täglichen Handelns und Entscheidens bildet das zum 1. Januar 2006 in Kraft gesetzte Qualitätsmanagementsystem mit integriertem Technischen Sicherheitsmanagement nach DVGW-Arbeitsblatt G1000 und nach W1000. Im Oktober 2006 erfolgte die Zertifizierung nach DIN ISO 9001:2000. In die Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2008 im vorigen Geschäftsjahr wurden neben Gas auch die Sparten Strom, Wasser, Fernwärme und Abwasser eingeschlossen. Das im Oktober 2010 erstmalig durchgeführte Überwachungsaudit bestätigte erneut die Zertifizierungen.

Für alle drei Teilnetze wurden die neuen, ab 1. Januar 2010 geltenden Netzentgelte jeweils mit Berücksichtigung der Kostenwälzung auf der Internetseite der NBB veröffentlicht. Die Preisblätter wurden der BNetzA mit Schreiben vom 6. Januar 2010 angezeigt und dokumentiert. Dabei haben die Preise insbesondere eine Anpassung aufgrund der geänderten Preise der vorgelagerten Netzbetreiber, der Auswirkungen der Anreizregulierung, des Erweiterungsfaktors, der periodenübergreifenden Saldierung der Jahre 2006 bis 2008 sowie der Mehrerlösabschöpfung erfahren.

......

1.4 Geschäftsentwicklung -----

Das Kerngeschäft der NBB ist von einer Umsatzsteigerung im Bereich der Netzentgelte geprägt. Die Gesamttransportmengen sind im Vergleich zum Vorjahr konjunktur- und witterungsbedingt um 5,5 Milliarden kWh bzw. 15,7 % gestiegen. Dabei wird sowohl bei den Transportmengen der Lastgang gemessenen Kunden (+14,9%) als auch bei den Mengen der Lastprofilkunden (+16,8%) ein Anstieg verzeichnet. Im Vergleich zu den Mengen fällt der Anstieg der Umsatzerlöse aus Netzentgelten dagegen mit einem Plus von 8,7 % etwas geringer aus. Dies ist im Wesentlichen auf den Saldo von im Geschäftsjahr durchgeführten Preisanpassungen und den im Geschäftsjahr 2010 bilanzierten Rückstellungen für das Regulierungskonto zurückzuführen.

Im Berichtsjahr hat die NBB im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Messzugangsverordnung und der Festlegung einheitlicher Geschäftsprozesse und Datenformate bei der Abwicklung von Wechselprozessen des Messstellenbetreibers bzw. des Messdienstleisters eine Lösung erarbeitet und konnte diese definierten Prozesse in ersten durchgeführten Wechseln in der Praxis erproben. Für die vollautomatisierte Abwicklung der Wechselprozesse im Messwesen zum 1. Oktober 2011 wird derzeit das Smart Metering IT System (SMITS) entwickelt.

Die NBB hat im Geschäftsjahr 2009 planmäßig ihr Flächensanierungsprogramm abgeschlossen und geht im Berichtsjahr komplett auf die zustandsorientierte

Erneuerung auf Basis der Analyse von Leckstellenentwicklungen und kathodischem Korrosionsschutz über. Technisch gesehen handelt es sich nun um eine Vielzahl von größeren Einzelprojekten, wirtschaftlich bedeutet dieses Vorgehen ein ungefähr gleichbleibendes Investitionsniveau.

Resultierend aus dem Ergebnis des Projektes "Konzessionsvertragsstrategie" wurde Anfang dieses Jahres eine Medienkampagne umgesetzt. Mit dem neu entwickelten Anzeigenmotiv "NBB – Ihre Partnerin im kommunalen Netzbetrieb" wurde die NBB in überregionalen und in kommunalen Zeitschriften bekannt gemacht. Darüber hinaus wird seit Anfang des Jahres der Konzessionsratgeber an ausgewählte Kommunen und Entscheidungsträger versandt. Die NBB verzeichnet seit der Bekanntmachung über die Presse und das Internet eine stetige Nachfrage nach dem Ratgeber. In der Fachpresse wird der Ratgeber der NBB als neutrale und übersichtliche Entscheidungshilfe dargestellt, der alle wichtigen Informationen bündelt. Erste Gespräche mit den Kommunen und Eindrücke aus der Branche signalisieren den Trend zur Neugründung von Stadtwerken.

Mit der Initiierung des Konzernprojektes "Stadtwerksaufbau" wurde bis Ende des Jahres das Ziel verfolgt, dieses Geschäftsfeld im GASAG-Konzern zu etablieren und die aktuellen Aktivitäten der NBB im Rahmen des Konzessionserwerbs daran anzupassen. Die NBB ist in diesem Projekt mit dem Themenfeld Netz vertreten und unterstützt das Gesamtprojekt im Hinblick auf die strategische Konzeption. Die Ergebnisse aus dem Projekt "Konzessionsvertragsstrategie" fließen mit ein. Im Rahmen der Projekte wurden Produkte definiert, die in Kooperation mit anderen Konzerngesellschaften am Markt angeboten werden sollen.

Neben der fortlaufenden Projektarbeit werden den neu gewonnenen Kundenkontakten Beratungen und andere Dienstleistungen in den Bereichen Entstörungsdienst (Zentrale Melde- und Leitstelle) und Technisches Sicherheitsmanagement angeboten.

Die NBB hat im Berichtsjahr eine neutrale Plattform zur Zusammenführung von Politik, Wissenschaft und Netzbetreibern zur Sensibilisierung und Erarbeitung

von Sicherheitsstandards in Bezug auf Störungs-, Notfall- und Krisenmanagement bei kritischen Infrastrukturen der Energieversorgung gegründet. Dabei wird neben der Plattform in Form eines Vereins, in dem über einen Beirat organisiert hochrangige Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Netzbetreibern mitwirken, eine GmbH zur Erbringung von Dienstleistungen im Sicherheitsbereich mit den Schwerpunkten Risikoanalyse, Melde- und Leitstelle sowie Trainings und Schulungen gegründet werden. Die Gründung, die Gestaltung des Außenauftritts und die Kommunikation des Vereins KKI (Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen) e.V. erfolgte im Geschäftsjahr 2010. Die Gründung der KKI GmbH wird Anfang 2011 mit Aufnahme des Geschäftsbetriebs zum 1. April 2011 erfolgen. Das Stammkapital der Gesellschaft wird 25 Tausend Euro betragen, das zunächst durch die NBB gehalten werden soll.

Darüber hinaus hat die NBB ein Internetportal (Portal eStrasse), bestehend aus der Portaldatenbank und einer dahinter liegenden Auskunftsdatenbank, entwickelt. Auf der webbasierten Austauschplattform sollen Leitungsanfragen und Genehmigungen mit den später hinzukommenden Aufgrabemeldungen sowie Anzeigenmeldungen nach dem Berliner Straßengesetz vermittelt und angeboten werden. Hier soll bis Ende März 2011 ein Verein (eStrasse e.V.) gegründet werden, der das Ziel hat, die Prozesseffizienz in der privaten Wirtschaft im Rahmen der Bearbeitung von Leitungsanfragen, Genehmigungen und weiteren prozessnahen Abläufen zu erhöhen. Zentraler Bestandteil der Vereinsidee ist die Einbindung von Funktionsträgern kooperierender Behörden, Leitungsnetzbetreibern und nahestehenden Fachfirmen als Beiratsmitglieder. Die Vermarktung des Produkts, die Erbringung von Dienstleistungen für Planungs-, Bau- und Instandhaltungsvorhaben aus den Bereichen der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur wird durch die im Oktober 2010 gegründete infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH erfolgen. Die GmbH hat ihre Geschäftstätigkeit am 1. Januar 2011 aufgenommen. Das Stammkapital der GmbH beträgt 25 Tausend Euro, das vollständig von der NBB gehalten wird. Die NBB strebt perspektivisch die Beteiligung weiterer strategischer Partner als Gesellschafter der GmbH unter Sicherung einer Mehrheitsbeteiligung an.

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben wird das Abrechnungssystem vom Zweivertragsmodell auf das Zweisystemmodell umgestellt. Die Umsetzung der Anforderungen erfolgt im Rahmen eines konzernübergreifenden Projekts zur Trennung und Migration des heutigen Abrechnungssystems SAP IS-U in jeweils ein neues separates SAP IS-U System für die Netzbetriebe und die Vertriebe des GASAG-Konzerns. Der Aufbau der neuen Systeme wird hierbei für das Netz und die Vertriebe in getrennten Projekten durchgeführt. Die Produktivsetzung des neuen Systems erfolgt im Geschäftsjahr 2011.

Im September 2010 startete bei der NBB die Mehr-/ Mindermengenabrechnung mit den Transportkunden und den Bilanzkreisnetzbetreibern. Das Modell sieht eine vorläufige und eine endgültige Abrechnung mit einem Jahr Zeitverzug vor.

Im vorigen Geschäftsjahr hat die EMB die Gasnetze der allgemeinen Versorgung in den Ortsteilen Mögelin und Döberitz der Stadt Premnitz sowie eine Gashochdruckleitung an die Stadtwerke Premnitz GmbH verkauft. In diesem Zusammenhang wurde der Pachtvertrag zwischen der EMB und der NBB angepasst und die kaufvertragsgegenständlichen Leitungen und Anlagen aus dem Pachtvertrag mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 ausgeschlossen. Weiterhin hat die EMB im Geschäftsjahr 2010 das Gasnetz der allgemeinen Versorgung in Kienberg mit wirtschaftlichem Übergang zum 1. Januar 2011 erworben.

Im Geschäftsjahr 2010 fanden unter Federführung der EMB intensive Verhandlungen mit der EWE Netz GmbH und der EWP Energie und Wasser Potsdam GmbH zu Konzessionsentflechtungen statt. Erste Netzkaufverträge mit der EWP Energie und Wasser Potsdam GmbH konnten bereits abgeschlossen werden. Ein Übergang der Netze ist zum 1. Januar 2012 avisiert. Mit der EWP finden parallel Gespräche unter der Federführung der Havelländische Stadtwerke GmbH zum Abschluss der Netzkaufverträge für im Stadtgebiet Potsdam gehaltene Konzessionen statt. Auch hier wird der wirtschaftliche Übergang zum 1. Januar 2012 beabsichtigt.



Die im Vorjahr mit der Stadtwerke Forst GmbH und der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG abgeschlossenen Betriebsführungsverträge für die Sparten Wasser, Abwasser, Fernwärme, Strom und Gas wurden im Geschäftsjahr 2010 überarbeitet und konkretisiert. Mit Wirkung zum 1. September 2010 wurde mit der Stadtwerke Forst GmbH ein neuer Betriebsführungsvertrag über die Erbringung von technischen und kaufmännischen Dienstleistungen in den Sparten Wasser, Abwasser und Fernwärme abgeschlossen. Weiterhin wurde auch der Betriebsführungsvertrag über die Erbringung von technischen und kaufmännischen Dienstleistungen in den Sparten Strom und Gas mit der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG mit Wirkung zum 1. September 2010 überarbeitet.

Das Projekt "Netzbetrieb – Fit für Wachstum" mit dem Ziel zukunftsfähige, mandantentaugliche und transparente, auf Basis von Kennzahlen steuerbare Prozesse in den Bereichen Betrieb und Instandhaltung und dem Entstörungsdienst unter Einhaltung der geltenden Regelwerke zu schaffen, konnte mit der organisatorischen Umsetzung zum 1. März 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Zur Unterstützung der Projektziele wurde im Berichtsjahr mit der Einführung einer Systemlösung, dem Mobile Workforce Management, begonnen. Das Projekt soll voraussichtlich Ende 2011 abgeschlossen werden.

Durch sich regelmäßig ändernde Regulierungsanforderungen bezüglich der IT-Systeme sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Entwicklungen im Bereich des Energiedatenmanagements (EDM) erfolgt, die zu einer stark fragmentierten IT-Landschaft geführt haben. Dadurch sind Administrationsaufwendungen und Betriebskosten vergleichsweise hoch. Des Weiteren sind die Flexibilität und damit auch die Anpassungsgeschwindigkeit der IT, mit der auf die neuen Anforderungen der Regulierung reagiert werden kann, deutlich eingeschränkt und stellen deshalb ein Risiko für die Ein-

haltung der vorgeschriebenen Umsetzungsfristen dar. Um dem entgegenzuwirken, wurde konzernweit ein strategischer IT-Bebauungsplan zum Energiedatenmanagement erarbeitet, dessen Umsetzung im Jahr 2013 abgeschlossen sein soll.

Dieser Bebauungsplan ist auf die zukünftigen Prozessanforderungen der durch die NBB wahrzunehmenden Netzbetreiberrolle ausgerichtet und wird die effiziente Beherrschbarkeit der IT-Architektur in Zukunft sicherstellen. Projektausschreibung und -vergabe wurden Ende 2010 abgeschlossen, mit der Realisierung wurde im Januar 2011 begonnen.

Bereits im Geschäftsjahr 2008 wurde ein Mietvertrag über die Anmietung von Geschäftsräumen im Hackeschen Quartier Berlin geschlossen. Die angemieteten Flächen werden im Rahmen des Neubaus des Gebäudekomplexes nach den Erfordernissen der NBB hergestellt. Hiermit verbunden ist die Firmensitzverlegung der NBB an den neuen Standort "An der Spandauer Brücke 10 in 10178 Berlin" zum 1. Januar 2011.

Im Mai 2010 wurden die Zusammenführung der administrativen Organisationseinheiten des Entstörungsdienstes sowie der Umzug der Meldestelle der NBB an einen neuen Standort beschlossen. Die Entscheidung fiel auf das Gelände des Europäischen Energie Forums (EUREF) in der Torgauer Straße. Die auf 1.100 m² zu leistenden Ausbauarbeiten der im Rohbau vorliegenden Flächen konnten innerhalb kürzester Zeit abgeschlossen werden. Die Inbetriebnahme der neuen Meldestelle sowie der Bezug der Räumlichkeiten durch den Entstörungsdienst erfolgte bereits Mitte September 2010.

Im Berichtsjahr wurde im Zuge der operativen Umsetzung der Strategie der NBB die Aufbauorganisation hinsichtlich der Führungsspanne optimiert und die Ebenen Gruppen- und Teamleiter eingezogen. Die notwendigen internen und externen Ausschreibungen sowie die notwendigen Grundschulungen der neuen Führungskräfte sind weitgehend umgesetzt. Alle Bewerber durchliefen ein psychometrisches Testverfahren bzw. ein Assessment Center, um Führungspotenzial abzusichern. Die für die Expansion notwendige Mehrspartengualifizierung wurde begonnen und die Prozesse für eine dezentrale Organisation wurden weitgehend angepasst.

Durch den weiteren Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts, die Umsetzung der Organisationsänderung und die Vorbereitung der Expansion war ein weiteres Stellenwachstum zu verzeichnen. Die NBB hatte zum 31. Dezember 2010 ein Stammpersonal von 380 Mitarbeitern (31. Dezember 2009: 335 Mitarbeiter).

Die von den Stadtwerken Forst übernommenen Mitarbeiter sollen weiterhin bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Brandenburg (ZVK) versichert bleiben. Die laufenden Beitrittsverhandlungen zwischen der ZVK und der NBB wurden im Berichtsjahr abgeschlossen.

Im Berichtsjahr wurde der Manteltarifvertrag für die NBB zwischen dem Allgemeinen Verband der Wirtschaft für Berlin und Brandenburg e.V. und ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg für die Beschäftigten der NBB vom 23. Dezember 2005 bis zum 31. Dezember 2013 verlängert. Der auf den Manteltarifvertrag bezugnehmende Entgelttarifvertrag wurde im Geschäftsjahr 2010 zum 31. Dezember 2012 arbeitnehmerseitig gekündigt. Die Verhandlungen wurden im Dezember abgeschlossen.



2. Unternehmenssituation

2.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2010 weist die NBB einen Jahresüberschuss von 14.075 Tausend Euro (Vorjahr: 19.914 Tausend Euro) aus. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt 23.333 Tausend Euro (Vorjahr: 23.825 Tausend Euro).

.....

Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres 2010 betragen 335.681 Tausend Euro (Vorjahr: 309.470 Tausend Euro). Der Anstieg resultiert insbesondere aus den Umsatzerlösen aus Netzentgelten, die um 18.598 Tausend Euro über Vorjahresniveau liegen. Weiterhin sind im Rahmen des Mehr-/Mindermengenausgleichs für das Geschäftsjahr 2010 Erstattungen von Transportkunden in Höhe von 5.966 Tausend Euro (Vorjahr: 1.452 Tausend Euro) enthalten. Der Mehr-/Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar, den Erlösen aus Mehr-/ Mindermengen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber in gleicher Höhe gegenüber. Die Aufwendungen aus Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber den Bilanzkreisnetzbetreibern sind unter den bezogenen Leistungen und die Anpassungen des Vorjahres unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen ausgewiesen.

Der Anstieg der Umsatzerlöse um 8,4 % ist bedingt durch einen witterungs- und konjunkturbedingten Anstieg der Gesamttransportmengen von 35,2 Milliarden kWh auf 40,7 Milliarden kWh (+15,7 %). Diese Entwicklung zeichnet sich bei den Lastgang gemessenen Kunden und bei den Standardlastprofilkunden in allen drei Netzgebieten ab.

Der im Vergleich zur Mengenentwicklung geringere Anstieg der Erlöse resultiert im Wesentlichen aus der Bildung der Rückstellung für das Regulierungskonto, das seit Einführung der Anreizregulierung zum 1. Januar 2009 geführt wird. Auf dem Regulierungskonto werden Mehr-/Mindererträge aufgrund veränderter Transportmengen erfasst. Bedingt durch kältere Temperaturen im Vergleich zur der der prognostizierten Menge zugrunde gelegten Witterungskurve ergibt sich auf dem Regulierungskonto für das Geschäftsjahr 2010 eine Rückstellung in Höhe von 30,5 Millionen Euro. Somit haben die tatsächlich erzielten Erlöse die nach §4 ARegV zulässigen Erlöse um mehr als 5 % überschritten und müssen damit bereits im Geschäftsjahr 2012 netzentgeltmindernd angesetzt werden. Der daraus resultierende Rückstellungsbetrag wurde mit den Mindererlösen aus der periodenübergreifenden Saldierung des Geschäftsjahres 2008, die im Geschäftsjahr 2012 netzentgelterhöhend wirken, saldiert.

Dem gegenüber stehen Entnahmen in Höhe von 11.528 Tausend Euro aus der gemäß Bescheid der BNetzA für die rückwirkende Mehrerlösabschöpfung gebildeten Rückstellung, die die Erlösobergrenze des Jahres 2010 um eben diesen Betrag gemindert hat.

Im Geschäftsjahr 2010 haben sich erstmalig zu einem Drittel die im Geschäftsjahr 2008 witterungsbedingt zu niedrig vereinnahmten Entgelte (17,0 Millionen Euro) in der durch die BNetzA genehmigten Erlösobergrenze niedergeschlagen.

Die witterungsbedingt zu niedrig vereinnahmten Entgelte aus dem Geschäftsjahr 2007, der pauschalierte Investitionszuschlag und der Erweiterungsfaktor wirkten ebenso – wie bereits im vergangenen Geschäftsjahr – Erlösobergrenzen erhöhend.

Neben den Netzentgelten wurden Umsatzerlöse in den Bereichen Netzausbau, Betriebsführung und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Vertragsdispatching, Außendienstleistungen, Sonderablesungen sowie Dokumentation und Leitungsauskunft generiert. Aufgrund eines im Vergleich zum Vorjahr angestiegenen Investitionsvolumens in die Netze haben sich die Umsatzerlöse für Arbeiten an Ver- und Entsorgungsan-



lagen um 2,6 Millionen Euro erhöht. Zusätzlich haben sich die Unfertigen Leistungen um 4,8 Millionen Euro erhöht.

Den erzielten Umsatzerlösen und den Bestandsveränderungen stehen größtenteils Aufwendungen für Pacht, bezogene Leistungen und Material im Zusammenhang mit Rohrnetz- und Tiefbauarbeiten, Dienstleistungen sowie Aufwendungen für vorgelagerte Netze gegenüber. Der Materialaufwand ist insgesamt um 21,3 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, was insbesondere durch die Ausweitung des Investitionsvolumens, der Instandhaltungsmaßnahmen und der Hausanschlussrevisionen sowie erhöhte Pachtaufwendungen bedingt ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Millionen Euro geringer, was sich insbesondere aus geringeren Rückstellungsauflösungen ergibt.

Dagegen wird bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ein Anstieg von 7,0 Millionen Euro verzeichnet. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen im Berichtsjahr durchgeführte Großprojekte wie die Ablösung des Zweivertragsmodells durch das Zweisys-

temmodell, zusätzliche IT-Projekte, die Durchführung verschiedener Marketingkampagnen, die Einführung des Mobile Workforce Management Systems sowie Aufwendungen für den Umzug der Meldestelle in die Torgauer Straße. Des Weiteren sind höhere Aufwendungen für Beratung und Werbung im Rahmen der Konzessionsvertragsstrategie sowie zusätzliche Beratungsleistungen für den Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts angefallen.

Das Finanzergebnis in Höhe von –1.662 Tausend Euro (Vorjahr: +160 Tausend Euro) beinhaltet im Wesentlichen die Aufzinsungen von Rückstellungen.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sind im Berichtsjahr um 5,4 Millionen Euro auf 9,2 Millionen Euro angestiegen. Der Steueraufwand beinhaltet das Risiko der Nichtanerkennung der Rückstellungen für das Regulierungskonto durch die Finanzverwaltung. Im Zusammenhang mit der steuerlichen Behandlung des Pachtminderungsanspruches im Rahmen der Mehrerlösabschöpfung ergab sich ein einmaliger Mehraufwand. Des Weiteren enthalten die Steuern vom Einkommen und Ertrag Gewerbesteuererstattungen durch die Gesellschafter in Höhe von 6,3 Millionen Euro.

2.2 Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 56% auf 2.889 Tausend Euro verringert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Saldierung der Wertpapiere zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitverpflichtungen mit den Altersteilzeitrückstellungen. Daraus ergibt sich ein Rückgang in Höhe von 5.913 Tausend Euro. Dagegen wurde bedingt durch den Umzug der Meldestelle in die Torgauer Straße und die Verlegung des Geschäftssitzes der Gesellschaft in die neuen Räumlichkeiten im Hackeschen Quartier in Mietereinbauten und in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Das Umlaufvermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 48.041 Tausend Euro erhöht.

Die Unfertigen Leistungen betragen zum Bilanzstichtag 12.301 Tausend Euro (Vorjahr: 7.492 Tausend Euro). Es handelt sich hierbei in erster Linie um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Netzausbau, die noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden. Der starke Anstieg korrespondiert mit den im Vergleich zum Vorjahr erheblich ausgeweiteten Investitionen in die Netze.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen zum Bilanzstichtag mit 11.839 Tausend Euro 76,3 % über Vorjahresniveau. Diese Entwicklung ist eine Folge der stark angestiegenen Umsatzerlöse aus Netzentgelten, bei denen zum Teil die Einstellung von Rückstellungen in das Regulierungskonto wieder entgegenwirkten. Insbesondere die noch nicht berechneten Netzentgelte sind im Vergleich zum Vorjahr um 7.947 Tausend Euro gestiegen. Dagegen haben sich die erhaltenen Abschläge lediglich um 4.507 Tausend Euro erhöht. Des Weiteren sind unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Rückforderungen gegenüber Transportkunden aus dem Mehr-/Mindermengenausgleich ausgewiesen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 126.419 Tausend Euro (Vorjahr: 89.788 Tausend Euro). Auch hier

zeichnet sich aufgrund der Erlösentwicklung bei den Netzentgeltforderungen ein erheblicher Anstieg ab. Zusätzlich wurden im Berichtsjahr für vergangene Geschäftsjahre Endabrechnungen getätigt und es kam zu Rückerstattungen von erhaltenen Abschlägen. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Rohrnetz- und Installationsarbeiten sind im Vergleich zum Vorjahr um 4.707 Tausend Euro angestiegen, was eine Folge der zum Geschäftsjahresende zusätzlich durchgeführten Investitionsabrechnungen gegenüber den Asset Ownern ist.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen zum 31. Dezember 2010 betreffen unter anderem mit 113.061 Tausend Euro (Vorjahr: 75.316 Tausend Euro) die GASAG und mit 13.206 Tausend Euro (Vorjahr: 13.816 Tausend Euro) die EMB.

Die Forderungen gegen die GASAG beinhalten unter anderem Forderungen aus dem Cash-Pooling in Höhe von 33.521 Tausend Euro (Vorjahr: 23.446 Tausend

Die Forderungen gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Durch Abschluss einer Cash-Pooling-Vereinbarung mit der GASAG vom 30. November/1. Dezember 2005 ist die NBB dem GASAG-Konzern-Cash-Pool angeschlossen. Im Rahmen dieser Vereinbarung steht der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 10.000 Tausend Euro (Vorjahr: 20.000 Tausend Euro) zur Verfügung.

Die NBB führt eine effiziente rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanung durch. Der allgemeine Finanzierungsbedarf der NBB wird aus dem operativen Cashflow sowie der Inanspruchnahme des Cash-Pool-Kontokorrentkredits gedeckt. Zusätzlich steht der Gesellschaft für langfristige Finanzierungen unverändert ein durch die Gesellschafter gewährter Kreditrahmen in Höhe von 14.000 Tausend Euro zur Verfügung. Weder der im Rahmen der Cash-Pooling-Vereinbarung bestehende Kontokorrentkredit noch der durch die Gesellschafter gewährte Kreditrahmen für langfristige Finanzierungen durch die Gesellschafter sind zum Bilanzstichtag in Anspruch genommen worden.

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 724 Tausend Euro erhöht. Diese Erhöhung resultiert insbesondere aus der im Berichtsjahr erstmaligen Bildung der Rückstellung für das Regulierungskonto (26.462 Tausend Euro). Außerdem haben sich im Berichtsjahr die Rückstellungen aus den Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Bilanzkreisnetzbetreiber im Rahmen der Mehr-Minder-Mengenabrechnung um 8.253 Tausend Euro erhöht. Dagegen wurde im Geschäftsjahr 2010 die Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung entnommen und in die sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert, was eine Verringerung der Rückstellungen in Höhe von 31.799 Tausend Euro zur Folge hat. Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 5.630 Tausend Euro wurden mit den Wertpapieren für die Insolvenzsicherung saldiert und der verbleibende Saldo als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen.

In den Pensionsrückstellungen ist neben der Rückstellung für das VBL-Sanierungsgeld in Höhe von 8.787 Tausend Euro (Vorjahr: 10.059 Tausend Euro) und der Rückstellung für Betriebsrenten in Höhe von 1.286 Tausend Euro (Vorjahr: 1.136 Tausend Euro) weiterhin eine Rückstellung in Höhe von 382 Tausend Euro für die betriebliche Altersversorgung der im Vorjahr von den Stadtwerken Forst übernommenen Mitarbeiter enthalten. Diese Mitarbeiter bleiben weiterhin bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Brandenburg (ZVK) versichert, alle zukünftigen Beschäftigungsverhältnisse werden in die VBL eingeschlossen. Für diese Vereinbarung mit der ZVK gemäß dem sogenannten Zäsurmodell wird nach der Satzung der ZVK vom übernehmenden Arbeitgeber (NBB) ein Abgeltungsbetrag fällig. Im Vorjahr wurde aufgrund eines vorläufigen Gutachtens ein Abgeltungsbetrag in Höhe von 474 Tausend Euro zurückgestellt. Dieser Betrag wurde im Berichtsjahr nochmals aktualisiert. Die Beitrittsverhandlungen wurden im Dezember 2010 rückwirkend zum 1. Januar 2009 abgeschlossen.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft betragen zum Geschäftsjahresende 41.480 Tausend Euro und sind im Vergleich zum Vorjahr um 30.917 Tausend Euro angestiegen. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch die Umgliederung der Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung von 21.641 Tausend Euro und den Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 2.108 Tausend Euro sowie einen Anstieg der Steuerverbindlichkeiten um 1.479 Tausend Euro.

Des Weiteren sind die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern um 2.774 Tausend Euro angestiegen. Darin werden die nach Einstellung in die Gewinnrücklagen verbleibenden Mandantenergebnisse unter Berücksichtigung der anrechenbaren Steuern aus der Insolvenzsicherung ausgewiesen.

Die Kapitalflussrechnung der NBB stellt sich wie folgt dar (siehe Tabelle rechts, S. 35).

Der Rückgang des Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit um 5.556 Tausend Euro wird im Wesentlichen durch die im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegenen gezahlten Ertragsteuern verursacht. Dem gegenüber stehen 4.469 Tausend Euro Steuererstattungen von den Asset Ownern für das Geschäftsjahr 2009. Weiterhin wurden die Forderungen aus Netzentgelten aufgebaut, während jedoch gleichzeitig eine Erhöhung der sonstigen Rückstellungen erfolgte.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt -2.458 Tausend Euro (Vorjahr: -1.414 Tausend Euro). Er resultiert hauptsächlich aus Investitionen in Mietereinbauten und in die Betriebs- und Geschäftsausstattung der neuen Geschäftsräume in der Torgauer Straße und im Hackeschen Quartier.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrifft die im Berichtsjahr vorgenommene Ausschüttung an die Gesellschafter.

Kapitalflussrechnung der NBB

		2010 in T€	2009 in T€
	Jahresergebnis vor Ertragsteuern	23.302	23.695
+/-	Erhaltene/gezahlte Ertragsteuern	-15.827	- 4.749
+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Langfristige Vermögenswerte	536	247
+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	1.022	-10.377
+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-1	-57
-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte	-4.808	1.638
-/+	Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-5.126	-1.988
-/+	Zunahme/Abnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen	-20.213	8.255
-/+	Zunahme/Abnahme der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–39	1.585
-/+	Zunahme/Abnahme anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	3.601	-428
+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.109	-718
+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	71	-1.520
+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-21	-239
+/-	Zunahme/Abnahme anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	30.397	5.213
=	Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	15.003	20.557
-	Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-125	-418
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	6
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.114	-237
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0
-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-25	-765
_	Auszahlungen für Investitionen in das Treuhandvermögen	-194	0
=	Cashflow aus Investitionstätigkeit	-2.458	-1.414
_	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-2.459	-18
=	Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-2.459	-18
=	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	10.086	19.125
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	23.446	4.321
=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	33.532	23.446



Die Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jedem Zeitpunkt in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die NBB schloss unter Berücksichtigung der Bestandsveränderungen bei einer Gesamtleistung von 340.490 Tausend Euro (Vorjahr: 307.832 Tausend Euro) das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 14.075 Tausend Euro (Vorjahr: 19.914 Tausend Euro) ab. Die Gesamtumsatzerlöse wurden vorwiegend durch die Umsatzerlöse aus der Vereinnahmung von Netzentgelten erzielt. Den Gesamtumsatzerlösen stehen insbesondere Materialaufwendungen in Höhe von 265.692 Tausend Euro (Vorjahr: 244.413 Tausend Euro), sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 31.784 Tausend Euro (Vorjahr: 24.792 Tausend Euro) sowie Personalaufwendungen in Höhe von 21.668 Tausend Euro (Vorjahr: 21.839 Tausend Euro) gegenüber. Die im Vergleich zum prognostizierten Temperaturverlauf deutlich kältere Witterung und die damit gegenüber der Entgeltgenehmigung höheren Transportmengen hatten unter Berücksichtigung der regulatorischen Rückstellungen auf die Ergebnisentwicklung der NBB im Geschäftsjahr 2010 einen leicht positiven Einfluss.

Die Gewinnanteile der GASAG und der EMB wurden teilweise einem gesonderten Rücklagenkonto zugeführt, das allein dem jeweiligen Gesellschafter zusteht.

Die witterungsbedingten Mindererträge des Jahres 2007 (16,7 Millionen Euro) wurden im Rahmen der Genehmigung der Erlösobergrenze durch die BNetzA bestätigt und werden aufgrund der geltenden Regulierungssystematik seit dem Geschäftsjahr 2009 und in den darauf folgenden zwei Geschäftsjahren entgelterhöhend berücksichtigt. Die durch die Witterung verursachten Mindererträge des Jahres 2008 (17 Millionen Euro)

werden ab dem Jahr 2010 und in den darauf folgenden zwei Jahren in der Berechnung der Erlösobergrenze berücksichtigt. Die sich im Berichtsjahr aufgrund der Mehrerlöse ergebende Rückstellung für das Regulierungskonto wurde mit den bestätigten Mindererlösen aus dem Geschäftsjahr 2008, welche sich im Kalenderjahr 2012 netzentgelterhöhend auswirken,

Ab dem 1. Januar 2009 wurde das bisherige System der Kostenregulierung durch das Anreizregulierungsmodell ersetzt. Den Netzbetreibern wurden durch die BNetzA die entsprechenden Bescheide zugestellt und damit die Obergrenzen für die erzielbaren Erlöse vorgegeben. Es erfolgt eine Orientierung am effizientesten Netzbetreiber. Im Rahmen eines neunjährigen Zeithorizonts müssen die vorgegebenen Effizienzziele erreicht werden. Für alle Netzbetreiber wurde für die Anreizregulierungsphase eine aktuelle Effizienzguote festgestellt, die den Handlungsbedarf bis zum Ende dieser Regulierungsphase aufzeigt. Für das GASAG-Netz ist eine Effizienzguote von rund 97 % und für das EMB- und HSW-Netz eine Quote von jeweils 100 % festgestellt worden. Der damit verbundene geringe Handlungsbedarf bei der NBB führt zu geringen Risiken aus der ersten Phase der Anreizregulierung.

Durch eine effiziente, kundenorientierte und flexible Unternehmensstruktur ist die NBB auf die veränderten Bedingungen des Marktes und den sich verschärfenden Wettbewerb gut vorbereitet und wird so auch in Zukunft ihre Marktposition stärken können.

Die NBB als große Verteilnetzbetreiberin hat auch im Geschäftsjahr 2010 den Ausbau ihres spartenübergreifenden Dienstleistungsgeschäfts konsequent fortgeführt. Die Dienstleistungen der NBB wurden durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich am Markt positioniert.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

4. Risikobericht

Die (Früh-)Erkennung sowie die angemessene Bewertung und Begrenzung von Risiken sind wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung eines nachhaltigen Unternehmenserfolges. Zu diesem Zweck unterhält die NBB ein Risikomanagementsystem, welches auch konzernspezifische Besonderheiten und Anforderungen berücksichtigt.

Wesentliche Bestandteile des Risikomanagementsystems sind das Planungssystem, das technische und kaufmännische Berichtswesen sowie eine regelmä-Bige und umfassende Risikoberichterstattung. Die angemessene Darstellung der Risikosituation der NBB erfolgt in Zusammenarbeit des Risikomanagers mit den Risikoverantwortlichen der Fachbereiche. Sie beinhaltet die regelmäßige Überprüfung bzw. Aktualisierung der Bewertung bereits erfasster Risiken sowie die Identifikation und Bewertung potenzieller Risiken. Besondere Bedeutung bei der Überprüfung haben die zur Risikominimierung entwickelten Maßnahmen und deren Umsetzungsgrad. Ein effizienter sowie gezielter Informationsfluss und klar geregelte Entscheidungskompetenzen stellen sicher, dass die Geschäftsführung regelmäßig alle notwendigen Informationen erhält, um bei sich abzeichnendem Handlungsbedarf zeitnah entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können.

Die Arbeits- und Prozessabläufe innerhalb des Risikomanagements sind definiert und in Form einer Organisationsrichtlinie veröffentlicht. Die festgelegten Abläufe des Risikomanagements werden in Zusammenarbeit mit dem Qualitätsmanagement der NBB regelmäßig hinsichtlich vorhandener Optimierungspotenziale überprüft.

Die NBB verfolgt eine konservative Risikopolitik, die sich am Marktumfeld und an den langfristigen Unternehmens- und Konzernzielen orientiert.

Im Folgenden sind Risikofelder beschrieben, welche die Geschäftsentwicklung der NBB maßgeblich beeinflussen können:

Umfeldrisiken und Marktrisiken

Als unternehmerisches Kernrisiko gelten die Transportmengenrisiken, die sich witterungsbedingt bzw. aufgrund von verändertem Endkundenverhalten Ergebnis beeinträchtigend auswirken können. Durch eine kontinuierliche Verbesserung der Datenqualität im gaswirtschaftlichen Berichtswesen und eine daraus folgend verbesserte Prognosebasis konnten temperaturbedingte Entwicklungen in 2010 frühzeitig erkannt werden.

Der Verlust von Pachtverträgen infolge eines Konzessionsvertragsendes ist derzeit für die NBB kein Risiko von wesentlicher Bedeutung. Das Risikopotenzial, das sich mittelfristig aus dem Auslaufen von Konzessionsverträgen ergeben könnte, wurde bereits erkannt und im Risikoportfolio der NBB berücksichtigt. Dies ermöglicht die frühzeitige aktive Steuerung von Gegenmaßnahmen. Aktuell bedeutet dies u. a. die Entwicklung und Umsetzung von Vertriebsstrategien zur Sicherung, aber auch zur Neugewinnung von Konzessionen. Auf diese Weise wird nicht nur die Risikowirkung minimiert, sondern kann auch gleichzeitig Chancenpotenzial generiert werden.

Mit Blick auf die 2. Regulierungsperiode und die bevorstehende Netzkostenprüfung ist als Risiko die Kürzung der beantragten Netzkosten sowie eine damit verbundene Absenkung der Erlösobergrenze ab 2013 in das Risikomanagementsystem eingestellt worden.

Betriebsrisiken

Die Versorgungssicherheit und Funktionsfähigkeit der netztechnischen Anlagen werden durch kontinuierliche Sanierung und Ausbau des Netzes, eine dem zertifizierten Qualitätsmanagementsystem der NBB entsprechende Qualitätssicherung sowie durch ein

Risikomanagementziele und -methoden in Bezug auf Finanzinstrumente

Die wichtigsten Finanzinstrumente der NBB sind flüssige Mittel sowie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen insbesondere gegen verbundene Unternehmen sowie Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis. Kredite werden derzeit nicht in Anspruch genommen. Der Hauptzweck dieser Finanzinstrumente ist die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.



Die NBB legt überschüssige Finanzmittel im Rahmen des Cash-Pooling an. Das Cash Management (Cash-Pooling-Vereinbarung) wird im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen von der GASAG durchgeführt.

Im Rahmen gesetzlicher Anforderungen an die Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben wurden Finanzmittel zur treuhänderischen Verwaltung an den GASAG Treuhand e.V. übertragen. Auf Basis der Satzung des GASAG Treuhand e.V. und eines bilateralen

Treuhandvertrages mit der NBB wird das Treugut nach konservativen Anlagekriterien von einem beauftragten Dritten angelegt. Dabei ist jederzeit sichergestellt, dass die aufgelaufenen Erfüllungsrückstände vollständig durch mündelsichere Anlagen gedeckt sind.

Die Gesellschaft betreibt keinen Handel mit Finanzinstrumenten. Ein Einsatz von Finanzderivaten ist nicht erforderlich. Das sich ergebende wesentliche Risiko der Gesellschaft besteht in einem Ausfallrisiko.

Ausfallrisiko

Die Forderungen der Gesellschaft sind unbesichert. Das Ausfallrisiko wird durch einen systematischen Risikomanagementprozess auf Basis der Konzernrichtlinien des GASAG-Konzerns begrenzt. Des Weiteren ist für Händlerforderungen ein Bonitätsprüfungsprozess installiert.

Weitere wesentliche Bestandteile sind ein konzernweit einheitlicher Überwachungsprozess sowie eine konzernweit einheitliche Risikoberichterstattung.

Sonstige Risiken

Der Realisierung von Betriebs- und Organisationsrisiken, insbesondere bedingt durch Verlustgefahren infolge Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern und Systemen sowie infolge externer Ereignisse, rechtlicher Risiken und Informationsrisiken, wird im Rahmen des beschriebenen Risikomanagementprozesses begegnet.

Gesamtrisiko

Derzeit sind keine bestandsgefährdenden Risiken vorhanden, die negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft in erheblichem Umfang haben können. Für das Risikoinventar der NBB kam es bezüglich Inhalt und Umfang in 2010 zu keinen bedeutenden Änderungen.

5. Prognosebericht

Die NBB geht auf Basis der sinkenden Erlösobergrenzen für die erste Anreizregulierungsperiode sowie geplanten moderaten Steigerungen der Transportmengen – hier unter der Annahme eines normalen Witterungsverlaufs - von leicht sinkenden Umsatzerlösen aus Netzentgelten aus. In der Entwicklung der Erlösobergrenze wurden prognostisch größere Konzessionsverluste in den Teilnetzen Brandenburg und HSW im Jahr 2012 berücksichtigt. Die witterungsbedingten Minderentgelte aus den Jahren 2006 bis 2008 laufen stufenweise in den Jahren 2011 und 2012 aus, so dass sich auch daraus erlösmindernde Effekte ergeben. Diese Entwicklung ist branchenspezifisch. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Steuerquote im Berichtsjahr ergeben sich trotz der dargestellten ergebnismindernden Effekte in den kommenden beiden Geschäftsjahren leicht höhere Jahresüberschüsse.

Die Umsatzentwicklung, die wesentlich durch die Erlöse aus Netzentgelten geprägt ist, und die zugrunde gelegte Kostenstruktur führen in den folgenden Geschäftsjahren zu weiterhin positiven Jahresergebnissen.

Der weitere Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts, gegebenenfalls auch in Tochtergesellschaften der NBB, und die damit einhergehende Neukundenakquisition stehen für die folgenden Geschäftsjahre im Fokus der NBB. Des Weiteren wird im Bereich Netze spartenübergreifend von einem Wachstum ausgegangen. Dabei wird die Zielsetzung der kundenfreundlichen, transparenten sowie effizienten Gestaltung der Geschäftsprozesse konsequent weiterverfolgt.

Die stetige Fortführung der Maßnahmen für die Sicherung des Betriebs und den Erhalt der bestehenden Netze ist auch in den kommenden Geschäftsjahren ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftstätigkeit der NBB.

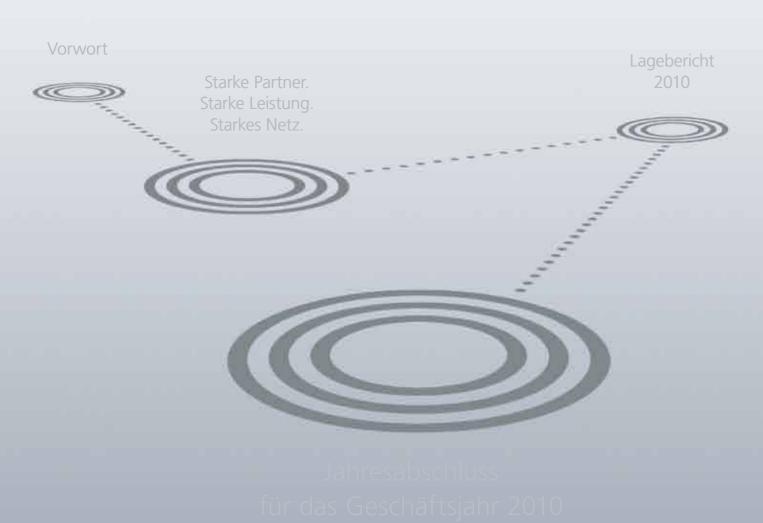
Berlin, den 18. März 2011

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Ulf Altmann Frank Behrend



Jahresabschluss



Bilanz 42
Gewinn- und Verlustrechnung 43
Anlagenspiegel 44
Anhang für das Geschäftsjahr 2010 46

Bestätigungsvermerk 58

Bilanz

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	492	178
II. Sachanlagen	2.372	482
III. Finanzanlagen	25	5.913
	2.889	6.573
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	12.301	7.492
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	146.687	103.466
III. Schecks	11	0
	158.999	110.958
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	63
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	601	0
	162.489	117.594
Passiva	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Eigenkapital		
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	1.000	1.000
II. Gewinnrücklagen	8.800	0
	9.800	1.000
B. Rückstellungen	84.687	83.963
C. Verbindlichkeiten	41.480	10.563
D. Rechnungsabgrenzungsposten	26.522	22.068

Gewinn- und Verlustrechnung

Г		01.01.−31.12.2010 T€	01.01.–31.12.2009 T€
1.	Umsatzerlöse	335.681	309.470
2.	Bestandsveränderung	4.809	-1.638
3.	Sonstige betriebliche Erträge	4.185	7.350
4.	Materialaufwand	265.692	244.413
5.	Personalaufwand	21.668	21.839
6.	Abschreibungen	536	473
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	31.784	24.792
8.	Finanzergebnis	- 1.662	160
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23.333	23.825
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.227	3.781
11.	Sonstige Steuern	31	130
12.	Jahresüberschuss	14.075	19.914
13.	Einstellung in die Gewinnrücklagen	- 8.800	0
14.	Gutschrift auf Gesellschafterkonten	- 5.275	-19.914
		0	0

Anlagenspiegel

Post	en des Anlagevermögens	ögens Anschaffungs- und Herstellungskosten Abschreibungen			Restbu	Restbuchwerte					
		Anfangsstand	Zugänge	Abgänge	Endstand		Abschreibungen im Geschäftsjahr	angesammelte Abschreibungen auf Abgänge	Endstand	am 31.12.2010	am Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres
		T€	T€	T€	T€	T€	T€	der Spalte 4, T€	T€	T€	T€
Spalt	re 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände										
1.	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	487	132	0	619	309	168	0	477	142	178
2.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	350	0	350	0	0	0	0	350	0
		487	482	0	969	309	168	0	477	492	178
II.	Sachanlagen										
1.	Mietereinbauten	0	1.178	0	1.178	0	42	0	42	1.136	0
2.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.279	972	3	2.248	797		3	1.120	1.128	482
3.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	108	0	108	0	0	0	0	108	0
		1.279	2.258	3	3.534	797	368	3	1.162	2.372	482
III.	Finanzanlagen										
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	0	25	0	25	0	0	0	0	25	0
2.	Treuhandvermögen GASAG Treuhand e.V.	6.156	0	S) 6.156	0	243	0	243	0	0	5.913
		6.156	25	6.156	25	243	0	243	0	25	5.913
		7.922	2.765	6.159	4.528	1.349	536	246	1.639	2.889	6.573

Anhang für das Geschäftsjahr 2010

Vorbemerkungen

Gegenstand der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (NBB) sind der Betrieb eigener und fremder technischer Leitungsnetze zur Versorgung (Energie, Wasser, Abwasser), die Erbringung aller mit den vorbezeichneten Tätigkeiten in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen sowie sonstiger technischer Dienstleistungen und die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Gegenstand der NBB sind auch die Vermarktung der Netznutzung zu Transportzwecken, die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter sowie die technische und kaufmännische Beratung und Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte einschließlich der Mitarbeiterüberlassung.

An der NBB sind die GASAG Berliner Gaswerke AG, Berlin (GASAG), die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam (EMB), und die Havelländische Stadtwerke GmbH, Werder (HSW), als Kommanditistinnen beteiligt. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Komplementärin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, mit einem gezeichneten Kapital von 25 Tausend Euro. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt und verpflichtet. Die Komplementärin erbringt keine Einlage und ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Gemäß § 264a HGB gelten die Vorschriften für Kommanditgesellschaften entsprechend. Die NBB ist gemäß § 267 HGB eine große Gesellschaft. Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren gewählt.

Der Abschluss zum 31. Dezember 2010 ist erstmalig nach den durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellt worden. Im Geschäftsjahr 2010 ergaben sich daraus folgende Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden:

- Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbeund -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden saldiert ausgewiesen. Die Aktivierung latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts.
- Bei der NBB besteht zweckgebundenes und dem Gläubigerzugriff entzogenes Vermögen für die Verpflichtungen der Altersteilzeitregelung, welches mit seinem beizulegenden Zeitwert bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB mit den Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen wird. Ergibt sich ein aktivischer Überhang, wird der Betrag unter dem Bilanzposten "Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung" ausgewiesen.
- Die NBB macht hinsichtlich der Abzinsung von sonstigen Rückstellungen von dem Bilanzierungswahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch. Der Betrag der Überdeckung beläuft sich auf 16 Tausend Euro.
- Aufgrund der bereits im Vorjahr bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen angewandten Methodik waren keine BilMoG-bedingten Anpassungen vorzunehmen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren ferner im Wesentlichen unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend:

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Zugänge zum beweglichen Anlagevermögen werden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 150 Euro werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben bzw. direkt als Aufwand erfasst. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro wird das steuerliche Sammelpostenverfahren aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz angewandt. Der Sammelposten wird jeweils mit 20 % im Jahr des Zugangs und in den vier darauf folgenden Jahren abgeschrieben.

Bei den Finanzanlagen werden Anteilsrechte zu Anschaffungskosten angesetzt. Liegt eine Wertminderung zum Bilanzstichtag vor, so werden die Finanzanlagen gemäß § 253 Abs. 3 HGB ggf. außerplanmäßig abgeschrieben. Stellt sich heraus, dass die Gründe für die in den Vorjahren getätigten außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, so wird eine Wertaufholung gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt. Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Materialund Fertigungsgemeinkosten. Erkennbare Risiken werden gemäß § 253 Abs. 4 Satz 2 HGB berücksichtigt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten angesetzt. Für erkennbare Einzelrisiken werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Forderungen werden ausgebucht, sobald sie uneinbringlich sind. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko wird durch eine Pauschalwertberichtigung

in Höhe von 2 % der Nettoforderungen gegen Dritte Rechnung getragen. Die bilanzielle Abgrenzung auf zum Stichtag noch nicht abgerechnete Netzentgelte ist auf der Basis eines IT-gestützten Individualverfahrens durchgeführt worden.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen aus der Altersteilzeitregelung werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bewertet. Den Berechnungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden zu erwartende Gehaltssteigerungen von 2 % und Rentensteigerungen von 1 % sowie die Sterbetafeln Heubeck (2005) und ein Zinssatz von 5,16 % (Vorjahr: 5,25 %) zugrunde gelegt. Bei den Berechnungen der Altersteilzeitverpflichtungen wurde ein Zinssatz von 4,36 % (Vorjahr: 4,45 %) berücksichtigt. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich nur eine unwesentliche Erhöhung der Verpflichtungen.

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist eine Rückstellung für einen Teil der mittelbaren Verpflichtungen (Deckungslücke) gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) enthalten. Bei der Ermittlung der Rückstellung waren die zu zahlenden Sanierungsgelder maßgeblich. Für die Rückstellungsbewertung wurde eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5 a VBL-Satzung unterstellt. Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wird mit ihrem Barwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,16 % (Vorjahr: 5,25 %) bilanziert. Aus der Anpassung des Zinssatzes ergibt sich eine Erhöhung der Rückstellung um 68 Tausend Euro.

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist zudem eine Rückstellung für einen Abgeltungsbetrag gegenüber der Zusatzversorgungskasse (ZVK) enthalten. Die NBB hat im Vorjahr Arbeitnehmer der Stadtwerke Forst GmbH übernommen, wobei die übernommenen Arbeitnehmer in der ZVK versichert bleiben, nicht aber die zukünftigen Beschäftigten des übernommenen Aufgabengebietes. Bei der Berechnung der Rückstellung wird gem. der Satzung



der ZVK ein Zinssatz von unverändert 2,25 % zugrunde gelegt, welcher in der Deckungsrückstellungsverordnung der ZVK vom 11.10.2006 festgelegt ist.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach § 249 Abs. 1 HGB. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) gebildet worden. In 2010 gebildete Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst worden.

Die angewandten Zinssätze basieren auf den Abzinsungszinssätzen der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Die Verbindlichkeiten sind mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die im Folgenden aufgeführten Darstellungen der Vorjahreszahlen wurden vor dem Hintergrund der neuen Anforderungen des BilMoG nicht angepasst.

Erläuterungen zur Bilanz

.....

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Am 25. Oktober 2010 hat die NBB als alleinige Gesellschafterin die infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin, gegründet. Das Stammkapital der infrest beträgt 25 Tausend Euro und wurde als Geldeinlage in voller Höhe von der NBB eingezahlt. Das Eigenkapital der Gesellschaft per 31. Dezember 2010 beträgt 24 Tausend Euro. Der Jahresfehlbetrag des Rumpfgeschäftsjahres 2010 beträgt 1 Tausend Euro.

Vorräte

Unter den Vorräten werden wie im Vorjahr ausschließlich unfertige Leistungen bilanziert. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Netzausbau, die noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12	2.2010	31.12.2009		
	insgesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr	insgesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr	
	T€€	T€	T€	T€	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.839	11.838	6.714	6.710	
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	126.419	117.082	89.788	89.788	
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	(52.231)	(52.231)	(21.551)	(21.551)	
(davon gegen Gesellschafter)	(126.267)	(116.930)	(89.132)	(89.132)	
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.967	1.696	1.968	1.968	
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	(1.346)	(1.346)	(911)	(911)	
(davon gegen Gesellschafter)	(1.967)	(1.696)	(1.968)	(1.968)	
Sonstige Vermögensgegenstände	6.462	6.461	4.996	4.996	
	146.687	137.077	103.466	103.462	

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, beinhalten überwiegend Netzentgelte, Forderung aus dem Kontenclearing mit der GASAG und Forderungen an die Gesellschafter aus der rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung.

Die Rechtsauffassung der BNetzA zur Vereinbarkeit der rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung mit dem geltenden Rechtsrahmen wurde durch den BGH bestätigt. Der BGH hat im Jahr 2008 den Beschluss des OLG Düsseldorf vom 21. Juli 2006 (VI-3 Kart 289/06) aufgehoben. Dies hat die Konsequenz, dass die Netzbetreiber die im Zeitraum zwischen der Antragstellung und der Genehmigung eingenommenen höheren Netzentgelte als Mehrerlöse zu Gunsten der Netznutzer zu verrechnen haben. Der Bescheid zur rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung wurde der NBB im Dezember 2009 zugestellt. Zur Abdeckung des daraus resultierenden Risikos wurde 2008 eine Rückstellung gebildet, die im Geschäftsjahr in die sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert wurde. Gleichzeitig wurden die Forderungen der NBB als Netzpächterin gegenüber den Verpächtern bilanziert. Die Verrechnung erfolgt über einen Zeitraum von drei Kalenderjahren beginnend mit dem Geschäftsjahr 2010.

Weiterhin werden unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Gewerbesteuererstattungsansprüche gegen die Gesellschafter ausgewiesen.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Steuerforderungen in Höhe von 3.725 Tausend Euro (Vorjahr: 4.326 Tausend Euro) enthalten.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung resultiert aus der Saldierung von Altersteilzeitverpflichtungen mit Wertpapieren zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach §8a des Altersteilzeitgesetzes, welche vom GASAG Treuhand e.V. gehalten werden. Der GASAG Treuhand e.V. hat die ihm von der NBB übertragenen finanziellen Mittel unter angemessener Abwägung von Ertragsmöglichkeiten und der Substanzerhaltung zu verwalten und darf sie darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwenden.

	31.12.2010 T€
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	5.630
Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände	6.349
Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände (Marktwert)	6.231
Verrechnete Aufwendungen	1.035
Verrechnete Erträge	166

Die von dem Treuhänder gehaltenen Anteile am Investmentvermögen stellen sich wie folgt dar:

31.12.2010

	I€
Rentenpapiere (Marktwert)	1.564
Aktien (Marktwert)	479
Sonstiges	4.188
	6.231

In der Kategorie "Sonstiges" sind im Wesentlichen Festgelder enthalten. Im Geschäftsjahr 2010 sind keine Ausschüttungen erfolgt. Es besteht keine Beschränkung der täglichen Rückgabe.

.....

Eigenkapital

Die Kapitalanteile der Gesellschaft betragen unverändert 1.000 Tausend Euro, von denen wie im Vorjahr 835 Tausend Euro auf die GASAG, 150 Tausend Euro auf die EMB und 15 Tausend Euro auf die HSW entfallen.

Im Geschäftsjahr wurden 7.400 Tausend Euro aus dem auf die GASAG und 1.400 Tausend Euro aus dem auf die EMB entfallenen Jahresüberschuss in die Gewinnrücklage eingestellt.

Rückstellungen

	31.12.2010 T€€	31.12.2009 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	10.455	11.670
Steuerrückstellungen	14.205	15.004
Sonstige Rückstellungen	60.027	57.289
	84.687	83.963

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind mit 8.787 Tausend Euro (Vorjahr: 10.059 Tausend Euro) die Sanierungsgelder für die VBL und mit 382 Tausend Euro (Vorjahr: 474 Euro) der Abgeltungsbetrag gegenüber der ZVK enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die Rückstellung für das Regulierungskonto in Höhe von 26.462 Tausend Euro (Vorjahr: 0 Tausend Euro), Rückstellungen für noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen in Höhe von 27.186 Tausend Euro (Vorjahr: 14.457 Tausend Euro) sowie Rückstellungen für Tantiemen, Urlaubsansprüche, Gleitzeitguthaben und Leistungszulagen in Höhe von 1.985 Tausend Euro (Vorjahr: 1.753 Tausend Euro).

Die Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung (Vorjahr: 31.799 Tausend Euro) wurde im Geschäftsjahr in die sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert.

Die Verpflichtungen für Altersteilzeitregelungen in Höhe von 5.630 Tausend Euro (Vorjahr 5.346 Tausend Euro) wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem Vermögen aus Wertpapieren zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen vollständig verrechnet.



	31.12	2.2010	31.12.2009		
	insgesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr	insgesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr	
	T€	T€	T€	T€	
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3.293	3.293	812	812	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.492	3.492	1.383	1.383	
Konten der Gesellschafter	5.233	5.233	2.459	2.459	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.759	1.759	1.647	1.647	
(davon aus Lieferungen und Leistungen) (davon gegenüber Gesellschaftern)	(1.674) (1.747)	(1.674) (1.747)	(1.397) (1.588)	(1.397) (1.588)	
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17	17	37	37	
(davon aus Lieferungen und Leistungen) (davon gegenüber Gesellschaftern)	(12) (17)	(12) (17)	(2) (37)	(2)	
Sonstige Verbindlichkeiten	27.686	16.989	4.225	4.219	
(davon aus Steuern) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(5.609) (4)	(5.609) (4)	(4.130) (18)	(4.130) (12)	
	41.480	30.783	10.563	10.557	

.....

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von über fünf Jahren bestehen nicht.

Gemäß Gesellschaftsvertrag werden die Gewinnanteile auf den Konten der Gesellschafter ausgewiesen. Im Geschäftsjahr wurden 8.800 Tausend Euro aus dem Jahresüberschuss in die Gewinnrücklage eingestellt.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen mit 21.641 Tausend Euro die aus den Sonstigen Rückstellungen umgegliederte Rückstellung für Mehrerlösabschöp-

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält Zuschüsse in Höhe von 25.200 Tausend Euro (Vorjahr: 21.712 Tausend Euro) gemäß Niederdruckanschlussverordnung (NDAV), die über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam vereinnahmt werden.

In den Umsatzerlösen sind Erträge aus der Erstattung von Biogaskosten (auf Basis von Plankosten) durch den marktgebietsaufspannenden Netzbetreiber enthalten. Dem gegenüber stehen die tatsächlichen Kosten, die aus dem Betrieb des Biogasanschlusses resultieren. Der die Kosten übersteigende Anteil des vereinnahmten Ertrags in Höhe von 1.322 Tausend Euro wurde zum 31. Dezember 2010 passivisch abgegrenzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres 2010 betragen 335.681 Tausend Euro (Vorjahr: 309.470 Tausend Euro). Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Umsatzerlöse aus Netzentgelten sowie um von den Transportkunden vereinnahmte Konzessionsabgaben.

Im Einzelnen resultieren die Umsatzerlöse zu 85,7 % (Vorjahr: 85,5%) aus Netzentgelten, zu 12,6% (Vorjahr: 12,7 %) aus Leistungen im Zusammenhang mit Rohrnetzen und Gasanlagen, zu 1,3 % (Vorjahr: 1,4%) aus sonstigen Dienstleistungen und zu 0,4% (Vorjahr: 0,4%) aus der Auflösung von Zuschüssen gemäß NDAV. Im Netzgebiet der GASAG wurden 78,8% (Vorjahr: 78,3%) der Umsatzerlöse erzielt. Auf das Netzgebiet der EMB entfallen 18,7 % (Vorjahr: 19,3 %) und auf das Netzgebiet der HSW 2,4 % (Vorjahr: 2,4%) der Umsatzerlöse.

Den in den Netzentgelten enthaltenen Erträgen aus der Weiterwälzung der Kosten vorgelagerter Netze steht der Aufwand für die Kosten vorgelagerter Netze gegenüber.

Periodenfremde Umsatzerlöse sind in Höhe von 789 Tausend Euro (Vorjahr: 845 Tausend Euro) enthalten.

Bestandsveränderungen

Die Bestandsveränderungen betreffen im Wesentlichen unfertige Leistungen für Rohrnetz- und Anlagentechnik.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2.379 Tausend Euro (Vorjahr: 5.745 Tausend Euro), andere periodenfremde Erträge in Höhe von 809 Tausend Euro (Vorjahr: 510 Tausend Euro) sowie Erstattungen von Schäden in Höhe von 294 Tausend Euro (Vorjahr: 370 Tausend Euro) enthalten. Zuschreibungen auf Wertpapiere (Vorjahr: 226 Tausend Euro) werden in diesem Geschäftsjahr im Personalaufwand ausgewiesen.

Materialaufwand

	2010, T€	2009, T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.716	7.311
Bezogene Leistungen	256.976	237.102
	265.692	244.413

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten im Wesentlichen Netzpachtaufwendungen und weitere Leistungen für Rohrnetze, Aufwendungen aus vorgelagerten Netzen sowie Ablesungs- und Abrechnungsaufwendungen.

Personalaufwand

	2010, T€	2009, T€
Löhne und Gehälter	17.493	17.103
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4.175	4.736
(davon für Altersversorgung)	(992)	(1.794)
	21.668	21.839



Abschreibungen

Die Abschreibungen betreffen mit 168 Tausend Euro (Vorjahr: 280 Tausend Euro) planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und mit 368 Tausend Euro (Vorjahr: 193 Tausend Euro) planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2010 T€	2009 T€
IV-Leistungen und Hardwareleasing	8.907	5.902
Mieten	6.652	6.430
Geschäftsbesorgungsvergütung	4.845	4.367
Beratungs- und Abschlusskosten	2.955	989
Versicherungen	1.660	1.731
Übrige sonstige Aufwendungen	6.765	5.373
	31.784	24.792

In den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Anteile in Höhe von 775 Tausend Euro (Vorjahr: 54 Tausend Euro) enthalten, die vor allem aus Mehr- und Mindermengenabrechnungen gegenüber den Bilanzkreisnetzbetreibern sowie Mietnachzahlungen resultieren.

Finanzergebnis

	2010 T€	2009 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen)	1.313 (1.271)	216 (65)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen)	2.975 (276)	56 (3)
	-1.662	160



Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Verzinsung der Forderungen an die Gesellschafter aus der rückwirkenden Mehrerlösabschöpfung in Höhe von 1.242 Tausend Euro sowie aus dem Kontenclearing mit der Gesellschafterin GASAG in Höhe von 63 Tausend Euro (Vorjahr: 65 Tausend Euro). In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind hauptsächlich Aufwendungen aus der Aufzinsung der Verbindlichkeit für Mehrerlösabschöpfung in Höhe von 1.370 Tausend Euro sowie aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 1.239 Tausend Euro enthalten.

Steuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhalten Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 14.846 Tausend Euro (Vorjahr: 14.888 Tausend Euro) und für vorangegangene Jahre in Höhe von 684 Tausend Euro (Vorjahr: 2.532 Tausend Euro Ertrag). Gemäß § 12.1 des Gesellschaftsvertrages sind die Kommanditisten der Gesellschaft verpflichtet, die auf steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der jeweiligen Kommanditisten beruhenden Gewerbesteuerbelastungen bzw. -entlastungen zu tragen. Der auf diesem Sachverhalt beruhende tatsächliche Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 9.610 Tausend Euro (Vorjahr: 11.628 Tausend Euro) wird gemäß § 12.2 des Gesellschaftsvertrages an die NBB erstattet. Für vorangegangene Jahre ergab sich ein Rückerstattungsanspruch der Kommanditisten an die NBB in Höhe von 3.307 Tausend Euro (Vorjahr 2.011 Tausend Euro Erstattungsanspruch der NBB an die Kommanditisten).

Sonstige Angaben

Latente Steuern

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen die Bewertungsunterschiede zu den Steuerbilanzen.

latente Steuern	te Steuern aktiv		aktiv passiv	
zum 31.12.2010	T€	T€		
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0		
Sachanlagen	0	0		
Finanzanlagen	0	0		
Umlaufvermögen	279	0		
Rückstellungen	5.069	6		
Verbindlichkeiten	2.954	0		
Passivischer Rechnungsabgrenzungsposten	0	0		
	8.309	6		
Steuerliche Verlustvorträge	0	0		
Bruttobetrag	8.309	6		
Nettobetrag	8.303			

Die latenten Steuern wurden mit einem Steuersatz von 13,65 % ermittelt. Die Aktivierung des Nettobetrages unterblieb in Ausübung des dafür bestehenden Wahlrechtes gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die NBB 359 Mitarbeiter ohne Auszubildende und Geschäftsführer.

Mitarbeiter	2010	2009
Männer	261	238
Frauen	98	93
	359	331

Haftungsverhältnisse

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse.

Außerbilanzielle Geschäfte/ sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 453.096 Tausend Euro (Vorjahr: 591.620 Tausend Euro), von denen 399.741 Tausend Euro (Vorjahr: 529.960 Tausend Euro) auf verbundene Unternehmen entfallen. Bestellobligos bestehen in Höhe von 12.869 Tausend Euro (Vorjahr: 10.092 Tausend Euro).

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen die Netz-Pachtverträge mit der GASAG, der EMB und der HSW über die Wirtschaftsgüter des Gasnetzes sowie Asset-Owner-Kosten.

Die NBB zieht aus den nachfolgenden Pachtverhältnissen die Finanzierungsvorteile, muss jedoch den Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen können.

Mit der GASAG besteht seit 2005 ein Vertrag über die Verpachtung der Wirtschaftsgüter des Berliner Gasnetzes mit allen technischen Nebeneinrichtungen. Der Pachtvertrag hat vorläufig eine Laufzeit bis zum 27. Dezember 2012. Verhandlungen wegen einer Verlängerung des Pachtvertrages werden bis spätestens 30. Juni 2012 aufgenommen.

Mit der EMB besteht seit 2005 ein Vertrag über die Verpachtung eines Erdgasenergieversorgungsnetzes im Land Brandenburg mit allen technischen Nebeneinrichtungen. Es wurde zunächst eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2015 vereinbart. Der Vertrag verlängert sich danach automatisch um weitere zwei Jahre, wenn er nicht sechs Monate vor Beginn einer Verlängerungsperiode schriftlich gekündigt wurde.

Bei allen genannten Pachtverträgen trägt die NBB als Pächterin während der Laufzeit des Vertrages alle Kosten und Lasten in Bezug auf den Pachtgegenstand.

Für fast alle tariflichen sowie für einige außertarifliche Mitarbeiter der NBB besteht eine Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Altersund Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird durch Umlagen finanziert. Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr 2010 für den Tarifbereich West 7,86%, davon leistet der Arbeitgeber 6,45 % und der Arbeitnehmer 1,41 %. Im Tarifbereich Ost betrug der Umlagesatz 1,0 %, den der Arbeitgeber trägt. Ferner wird im Tarifgebiet Ost ein Beitrag im Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 4,0 % erhoben, der jeweils zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen wird. Das umlagepflichtige Entgelt im Geschäftsjahr betrug 13.210 Tausend Euro.

Weitere Verpflichtungen beinhalten Mieten und Leasingkosten, Geschäftsbesorgungen, Ablesungs- und Abrechnungsdienstleistungen, Personalüberlassungen, Bestellung von Netzkapazitäten sowie Wartungs- und Betriebsführungskosten.

Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen und assoziierten Unternehmen gemäß § 10 EnWG

GASAG Berliner Gaswerke AG als Auftragnehmer	2010 T€
Dienstleistungen	5.912
Mieten, Pachten und Leasing	5.188
Übernahme Versorgungszusagen	782

Des Weiteren besteht ein Cash-Pooling-Vertrag, in dessen Rahmen der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 10.000 Tausend Euro zur Verfügung steht.

Die Dienstleistungen beinhalten Geschäftsbesorgungen, Personalüberlassungen und IV-Leistungen.

Die NBB übernimmt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der GASAG für die Versorgungszusage gemäß der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA) anteilig die anfallenden laufenden Aufwendungen aus Pensionsverpflichtungen.

GASAG Berliner Gaswerke AG als Auftraggeber	2010 T€
Dienstleistungen	2.320
EMB Energie Mark Brandenburg GmbH als Auftragnehmer	2010 T€
Grundstücks- und Gebäudemieten	1.371
Dienstleistungen	812
BAS Abrechnungsservice GmbH & Co. KG als Auftragnehmer	2010 T€
Ablesungs- und Abrechnungsleistungen und IV-Leistungen für Systemanpassungen	9.778

BEGA.tec GmbH als Auftragnehmer	2010 T€
Rohrnetzarbeiten, Anlagentechnik und Manage- ment von Messgeräten	18.977
GASAG WärmeService GmbH	2010
als Auftragnehmer	T€
Wärmebezug	1.215
DSE Direkt-Service Energie GmbH	2010
als Auftragnehmer	T€
Dienstleistungen	1.697
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH	2010
als Auftragnehmer	T€
Dienstleistungen	494
Netzgesellschaft Forst (Lausitz)	2010
mbH & Co. KG als Auftraggeber	T€
Dienstleistungen	1.410
Stadtwerke Forst GmbH	2010
als Auftraggeber	T€
Dienstleistungen	1.190

Darüber hinaus sind gegenüber der GASAG und der EMB Umsatzerlöse aus Netzentgelten sowie Pachtaufwendungen für die Gasnetze angefallen.

Angaben zum Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Die Angaben für das im Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen im von der GASAG aufgestellten Konzernabschluss.

Konzernverhältnisse

Der Jahresabschluss der NBB wird im Rahmen des von der GASAG aufgestellten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2010 als verbundenes Unternehmen vollkonsolidiert. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin. Die Komplementärin weist ein gezeichnetes Kapital von 25 Tausend Euro aus und ist am Vermögen sowie am Gewinn und Verlust der Gesellschaft nicht beteiligt.

Geschäftsführer der NBB Netz-Beteiligungs-GmbH sind:

Dipl.-Ing. Ulf Altmann Technischer Bereich

Dipl.-Kfm. Frank Behrend Kaufmännischer Bereich

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Berlin, den 18. März 2011

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Ulf Altman

, Frank Behrenc



Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Nach § 10 Abs.4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt

werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach §10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahres-

abschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt.

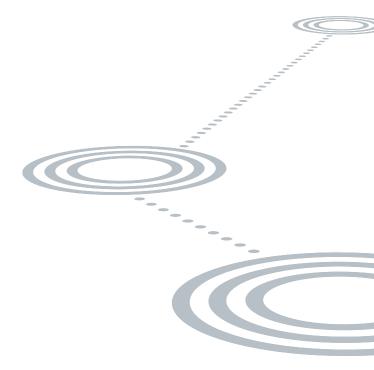
Berlin, 23. Februar 2011

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Diederichs Bährens

Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer



Impressum

Herausgeber

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG An der Spandauer Brücke 10 10178 Berlin Tel. 030 81876-0

Fax 030 81876-3099 www.nbb-netzgesellschaft.de

Konzeption und Gestaltung

energie kommunikation services GmbH, Berlin

www.eks-agentur.de

Projektleitung: Kerstin Sattler

Redaktion: Ralf Dunker, Press'n'Relations

Fotos

Christian Thomas istockphoto.com (S. 8/11, Mehrfamilienhäuser; S. 14 Rotes Rathaus) Vaillant (S. 11)

Druck

KönigsDruck GmbH



NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG An der Spandauer Brücke 10 · 10178 Berlin Tel. 030 81876-0 · Fax 030 81876-3099 www.nbb-netzgesellschaft.de



